

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Preis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.— im voraus zahlbar. Für Werbung nehmen sämtliche Wohnstätten Verleger entgegen. Dieser Preisband bezogen für Deutschland, Dänzig, das Saßau und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens M. 12.— für das übrige Ausland M. 14.— Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 69

Die neuangelegte Monatsbeilage über den Raum kostet 4.— M., einschließlich Anfrageschein. Kleine Anzeigen: Das festgebundene Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Anfrageschein. Ausland-Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen nach Stellen-Beilage 3,75 M., netto pro Zeile. Stellen-Beilage in Wort-Anzeigen: Das festgebundene Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Der Kappisten-Standal

## Schiele aus der Haft entlassen — Erhardt verhöhnt die Justiz

Am Donnerstag stand Termin zur Verhandlung gegen die Kappisten Jagow, Schiele und Wangenheim an. In letzter Stunde wurde er aufgehoben, und man hörte als Grund für die Vertagung, daß die anderen Angeklagten Bauer, Erhardt, Pabst und Schnitzler neuerdings um freies Geleit gebeten hätten, und daß es also zweckmäßig sei, gegen alle gemeinsam zu verhandeln. Es wäre dann sozusagen ein Aufwachen.

Die Erwartung, es werde nun endlich einmal Ernst gegen die nationalsozialistischen Putschisten gemacht, oder besser gesagt, es werde wenigstens so getan, als ob, war aufs neue betrogen.

Aber mit dieser Enttäuschung ist es noch nicht genug. Die vier, auf die das Gericht angeblich warten wollte, denken gar nicht daran, zu kommen, und davon war das Reichsgericht vor dem angelegten Verhandlungstermin bereits unterrichtet. Amtlich wird nämlich mitgeteilt, daß das Reichsgericht den am 17. Oktober gefassten Beschluß, den Oberst Bauer, den Korvettenkapitän Erhardt, den Major Pabst und den Schriftsteller Schnitzler mit der Untersuchungshaft zu verschonen, am 24. Oktober, d. h. also drei Tage vor dem Termin, zurückgenommen habe, da die Beschuldigten, der ihnen auferlegten Verpflichtung, sich ungesäumt dem Untersuchungsrichter in Leipzig zu stellen, nicht entsprochen hätten.

Also: auf das freundlich zugesagte Erscheinen der Redaktionsmitglieder verfolgt kann nicht gerechnet werden, und trotzdem verlagert man den Prozeß gegen die, die man hat oder haben glaubt. Doch es kommt noch schöner. Herr Erhardt bezeichnet in einem Schreiben, das wir als Dokument unserer Zeit an anderer Stelle wörtlich zum Abdruck bringen, die Nachricht, daß er sich gegen freies Geleit dem Leipziger Gericht stellen wolle, als falsch. Er habe nur im Jahre 1920 durch seinen Anwalt beim Reichsgericht anfragen lassen, ob gegen Zuficherung freien Hin- und Rückganges seine Vernehmung erwünscht sei. Die Antwort habe ablehnend gelautet, und die Angelegenheit sei damit für ihn erledigt gewesen.

Die amtliche Darstellung spricht von einem vom 14. Oktober d. J. datierten Antrag des Verteidigers der Beschuldigten. Es wäre also möglich, daß dieser ohne Auftrag seiner Klienten oder wenigstens ohne Auftrag des Erhardt gehandelt hätte; aber an der Hauptsache wird dadurch nichts geändert: Die vier, die ihre schätzbare Kraft einfließen lassen, während über die Putschisten von 1921 die furchtbarsten Strafen verhängt worden sind, und während gerade in diesen Tagen vor dem Untersuchungsamt bekannt geworden ist, wie die Lynxjustiz der Schußpolizei, dem ordentlichen Richter vorgreifend, unter den mitteideutschen Arbeitern barbarisch gewüthet hat?

Und nun wird der Gipfel erklommen. Da die vier nicht zur Stelle sind, und da man ohne sie nicht verhandeln will, läßt man auch die anderen laufen. Wie aus Leipzig gemeldet wird, ist Dr. Schiele gegen eine Kaution von 100 000 Mark (Papiermark natürlich) aus der Haft entlassen worden. Herr v. Jagow soll ohnehin flüchtig sein. Ob Herr v. Wangenheim „greifbar“ ist, steht nicht fest, und kurz und gut: die Kappisten befinden sich einmal wieder alleamt außerhalb jeder Gefahr.

Kein Wort ist scharf genug, um diesen unerhörten Justizskandal zu brandmarken, der die deutsche Republik und ihre Rechtspflege zum Gespött der ganzen Welt machen muß. Sollen denn wirklich die Hochverräter von 1920 mit dem Staat und seinen Organen Schindluder treiben dürfen, während über die Putschisten von 1921 die furchtbarsten Strafen verhängt worden sind, und während gerade in diesen Tagen vor dem Untersuchungsamt bekannt geworden ist, wie die Lynxjustiz der Schußpolizei, dem ordentlichen Richter vorgreifend, unter den mitteideutschen Arbeitern barbarisch gewüthet hat?

Wir haben einen neuen Justizminister, den Rechtssozialisten Radbruch. Als Abgeordneter hat er zu verschiedenen Malen scharfe Worte gegen das deutsche Rechtswesen gesprochen. Er erhält jetzt sehr schnell die Gelegenheit, zu beweisen, daß seine Handlungen als Minister mit den Reden, die er als Abgeordneter gehalten hat, in Einklang stehen. Hoffentlich macht er von ihr Gebrauch.

### Erhardts Brief

Er hat folgenden Wortlaut:

Die durch die Presse gegangene Nachricht, daß ich mich gegen freies Geleit und Anweisung eines unter Polizeiaufsicht stehenden Aufenthaltsortes dem Reichsgericht in Leipzig zu stellen gedente, ist falsch. Ich habe im Jahre 1920 — den genauen Termin weiß ich nicht mehr — durch meinen Rechtsanwalt Dr. Grünspach-Berlin in Leipzig anfragen lassen, ob gegen Zuficherung freien Hin- und Rückganges meine dortige Vernehmung erwünscht sei. Die Ant-

wort war ablehnend und die Angelegenheit für mich damit erledigt. Ich habe seither in keiner Form mehr einen Schritt in gleicher Richtung unternommen. Die Gründe, aus denen ich plötzlich auf meine längst veraltete und überholte Anfrage zurückgegriffen wird, sind mir nicht bekannt. Sie können höchstens in dem Wunsch erblickt werden, für die Vertagung des Jagow-Prozesses

einen unverfänglichen Vorwand

zu schaffen.

Nach der Ermordung Erzbergers ist nun der Steckbrief gegen mich vom Oberreichsanwalt erneuert worden, verhältnißlich, weil man mich irgendwie mit dieser Sache in Verbindung wählte. Außerdem hat sich gleichzeitig die Reichsregierung — nicht der Oberreichsanwalt — gemüht gesehen, auf die Ergreifung der Kapp-Leute eine Geldprämie auszusprechen. Die Reichsregierung stellt mich damit also auf eine Stufe mit Raubmördern, Bankräubern und anderen Verbrechern und ich ziehe daraus den Schluß, daß sie mich, falls ich mich stelle, in gleicher Weise behandeln würde. Schon allein mit Rücksicht auf diese ungeheuerliche Auslegung eines Kopfstreifes

denke ich nicht daran, mich zu stellen.

und werde mich jedem Versuche, meiner auf andere Weise habhaft zu werden, mit den mir zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen. Hinzu kommt, daß auch das gebrochene Amnestieversprechen des Herrn Reichsjustizministers Schiffer, durch das die Vernehmung des Kapp-Unternehmens erlaubt wurde, sowie die parteiischen, mit zweierlei Maß messenden Urteilsprüche des nach den Kapptagen eingesetzten Untersuchungsausschusses, der meine Vernehmung kurzerhand ablehnte, nicht dazu beitragen können, mich an eine für mich bestehende Rechtsicherheit glauben zu lassen.

Bezeichnend — und bitter für mich — ist es übrigens in diesem Zusammenhang, daß zwar Maximilian Harden, der für mich sicherlich ebenso wenig Sympathie empfindet, wie ich für ihn, öffentlich gleiches Recht für die Kapp-Leute verlangt hat, daß aber im nationalen Lager fast niemand für uns eintritt, trotz aller unabweigbaren Erfolge des Kapp-Unternehmens, wie z. B. Neuwahlen, bürgerliche Reichsregierung, rechtzeitige Vernichtung der roten Armee im Ruhrgebiet, Beseitigung der Regierung Hoffmann in Bayern usw. Während kommunistische und unabhängige Verbrecher vom Schloß eines Hölz stets losort die geschlossene Vertretung aller Linksparteien und ihrer Presse hinter sich haben, läßt man uns

Vorkämpfer des nationalen Gedankens schwächeln im Stich.

Und dennoch zweifle ich nicht daran, daß auch wir eines Tages wieder gebraucht werden — nicht als Vorkämpfer des Kapitalismus, wie der „Vorwärts“ uns gern bezeichnet. Auch der deutsche Arbeiter und der Arbeiter werden allmählich einsehen, wozu uns die Erfüllungstatist, die Protäste, Appelle an das Weltgewissen und gar an das internationale Proletariat geführt haben und noch führen werden. Sie werden erkennen, welcher Betrug von einem Teil der Volksführer mit ihnen wie erfüllten Versprechungen geübt worden ist, und daß diejenigen, die sich schon vor zwei Jahren ein entschlossenes „Nein!“ gefordert haben, Vorbedingung für einen Wandel zum Besseren sind natürlich ein einheitlicher, fester nationaler Wille im Volke, die Ueberbrückung aller einen Ausgleich ermöglichenden Gegensätze, Opfer der Besitzenden und letzten Endes eine von dem Parteienwesen unabhängige, nationale Regierung. Wie wäre uns Oberschlesien verloren gegangen,

hätte die Regierung es auf das Neueste ankommen lassen!

Nehmen wir uns ein Beispiel an der Türkei, an Ungarn, an Irland, ja an Polen, wo sich überall zeigt, was der nationale Wille eines Volkes vermag, und wie machtlos die Entente gegen sie ist. Durch unsere ewige Nachgiebigkeit gehen wir mit Sicherheit zugrunde, während wir bei entschlossenem Widerstand — und sei er auch nur passiver Natur — vorübergehend zwar harte Zeiten erleben, uns als Nation aber behaupten, durchsehen und von den Entressungen der Entente frei machen würden. Die nationale Ehre im Grunde führen, sie aber mit Füßen treten lassen: das ernüchtert und berechtigt die Entente zu der uns zuteil werdenden erniedrigenden Behandlung!

### „Bis zu einem gewissen Grade...“

Der „Lokal-Anzeiger“, das Blatt der Geistesarmen der Reichshauptstadt, knüpft an den Erhardt-Brief eine — Rechtfertigung der „Vorkämpfer des nationalen Gedankens“, die zu Unrecht von Herrn Erhardt angegriffen worden seien. Herr Erhardt sollte nicht vergessen, — schreibt das Blatt — daß auch den in Deutschland fortwirkenden Vorkämpfern des nationalen Gedankens von den heutigen Machthabern Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, die, da sie sich mit Gehehraft zu umkleiden verstanden, bis zu einem gewissen Grade wenigstens respektiert werden müssen.“

Diese Unverschämtheit ist ein würdiges Gegenstück zu dem prosa-torischen Schreiben des Oberputschisten Erhardt. Beide Kundgebungen zeigen, daß es höchste Zeit ist, mit diesem Gefindel, das sich aus der Verhöhnung der Republik einen Sport macht, gründlich aufzuräumen.

Siehe auch 2. Seite.

## Berliner Lohnkämpfe

Seit vier Wochen stehen die Berliner Gasthausangestellten im Streik. Wir wissen, wozum es sich handelt: um den Fortbestand oder die Vernichtung der Organisation. Um nichts Geringeres!

Vor Zeiten waren die Kellner und Kellnerinnen, die die entscheidende Gruppe der Gastwirtschaftsangestellten bilden und dem gesamten Beruf auch nach außen das Gepräge geben, auf das Trinkgeld als einzige Einkommensquelle angewiesen. Ihr Arbeitsverhältnis, das sie mit dem Wirtschaftsbefehl eingingen, war kein Lohnverhältnis der üblichen Art. Sie durften im Lokal des Besitzers die Gäste bedienen, und sie hatten diese Pflicht promptest zu erfüllen. Ansprüche an Lohn hatten sie dem Besitzer gegenüber nicht.

Die Kellner und Kellnerinnen hatten somit auch kein gemeinsames Interesse untereinander, das sie dem Unternehmer gegenüber vereint hätten vertreten können. Sie fanden daher auch kein Solidaritätsverhältnis zueinander, das sie zu planmäßigem kollektivem Handeln verbunden hätte. Dafür suchte jeder einzelne Kellner ein möglichst günstiges Verhältnis zu jedem einzelnen Gast herzustellen, um für sich ein gutes Trinkgeld, für den Unternehmer den Abzug der Waren zu erzielen. So ging der Kellner mit jedem Gast ein neues Arbeitsverhältnis ein, wobei er indes auf seinen daraus zu gewinnenden Lohn keinen Einfluß hatte. Denn der Lohn bestand im Trinkgeld, dessen Höhe vom Gast bestimmt und als milde Gabe dargebracht wurde. Auch das erklärte jedes Solidaritätsbewußtsein im Keim. Ein gemeinsames Interesse des ganzen Bedienungspersonals eines Betriebes gegenüber einem Unternehmer existierte nicht, denn jeder Angestellte hatte seinen besonderen „Arbeitgeber“, den Gast, und zwar jeden Augenblick einen anderen. In der gleichen Lage befand sich fast das gesamte Hauspersonal aller Hotels.

Das waren die Gründe, weshalb wir vor dem Kriege die Gastwirtschaftsangeestellten zu den unorganisierten Gruppen der Arbeiterklasse rechneten. Eine freigewerkschaftliche Organisation dieser Kategorie bestand zwar, aber sie war klein und ohne Einfluß und wurde beherrscht von zahlreichen „Harmonievereinen“. Wie es auch nicht anders sein konnte, denn wo konnte blöder Harmonieglaube wohl besseren Boden finden, als in den hier geschilderten Zuständen.

Die Novemberwelle, die unsere Gewerkschaften so mächtig förderte, hat auch eine große Organisation des Gasthauspersonals entstehen lassen. Sie entwickelte eine große Lebendigkeit und richtete ihre Tatkraft sofort auf die Abschaffung des Trinkgeldsystems, das nicht nur unfälschlich und entwürdigend, sondern auch ein System grenzenloser Ausbeutung der Arbeitskraft ist, wie wir noch zeigen werden.

Die Bemühungen der jungen Organisation waren nicht ohne Erfolg. Es wurden feste Löhne eingeführt. Aber in vielen Fällen wandelte sich das bisherige Trinkgeld um in einen — meist auf 10 Prozent berechneten — Zuschlag zur Jeché, auf den das Bedienungspersonal einen Anspruch hatte. Das geschah ganz allmählich und ohne Aufsehen. Es blieb also beim Trinkgeld, und dieses neue Trinkgeldsystem drohte noch schlimmere Zustände herauszubekommen als das frühere. Darum mußte die Gewerkschaft der Gasthausangestellten einen neuen Vorstoß zur Durchführung der festen Entlohnung machen. Sie stellten diese Forderung bei Ablauf des Tariffs, die Unternehmer aber antworteten mit der Gegenforderung: allgemeine Durchführung des Zuschlages. Sie stellten 10 Prozent in Aussicht.

Daraus ist der gegenwärtige Kampf entstanden. Die Unternehmer wollen keinen Arbeitsvertrag des Gesamtpersonals mit dem gesamten Unternehmen, kein gegenseitiges Kollektivverhältnis, ja sie wollen nicht einmal ein geordnetes Lohnverhältnis des Angestellten mit dem Unternehmer, sondern sie wollen das forumpierende Trinkgeldverhältnis des Angestellten mit dem Gast. Das einzige, zu dem sie sich bequemen möchten, ist die von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam geübte Festsetzung der Höhe des Trinkgeldes und seine zangensweise Einforderung. Der Tarif also, den sie schließen möchten, soll ein Bündnis zwischen Unternehmern und Arbeitern zur gemeinsamen Ausbeutung des Gastes sein.

Die Folgen dieses Systems haben wir schon einmal angedeutet. Es würde sich bald herausstellen, daß die Angestellten kein Interesse mehr an einer geregelten Arbeitszeit von achtstündiger Dauer hätten. Sie würden ihren Vorteil wieder nur in einem guten Verhältnis zum Gast suchen, von dessen Jeché ihr Einkommen abhängt, und ein für Gast und Kellner gleich unangenehmer Anmierbetrieb würde allmählich einsetzen. Das Unternehmertum würde es durch beständiges Antreiben dahin bringen. Alle Bande der Solidarität, die der Kampf um den festen Lohn inzwischen geknüpft hat, würden wieder gelockert werden.

Zu alledem läme für die Unternehmer die Möglichkeit, den Prozentanteil allmählich herunterzusetzen, wenn ihnen die Einnahmen des Personals zu hoch steigen sollten.

Dieses System vereint also in sich alle Rüden und Tüden aller auf raffinierte Ausbeutung berechneten Lohnsysteme, vom Affordlohn bis zur Gewinnbeteiligung. Und die Gastwirtsangestellten sollen zurückgestoßen werden in den Zustand der Unorganisiertbarkeit. Gegenseitiger Neid, nicht gemeinsames Interesse soll sie befehlen.

Darum wehren sie sich mit so großer Erbitterung gegen dieses Anstehen der Besitzter. Sie stehen einem Unternehmertum gegenüber, das rücksichtslos alle Mittel und Geschicklichkeiten moderner und vernünftiger Lohnpolitik ablehnt und jeder Verhandlung ausweicht. Diese Haltung der Gastwirte ist der Grund, weshalb dieser Kampf so schroffe und standalöse Formen angenommen hat. Und darum muß die gesamte Arbeiterklasse hinter den Angestellten stehen und sie mit allen Mitteln in ihrem Kampfe stärken.

Die oben dargestellten Gefahren für die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses im Gastwirtsberuf sind aber vor allem auch darum so groß, weil dem Kreise der Gasthausangestellten fortgesetzt neue, fremde Arbeitskräfte aus anderen Berufen und aus den Kreisen der Arbeitslosen zufließen. Darunter befinden sich noch immer zahlreiche unorganisierte und unfunktionierbare Elemente, die sich nicht in den Rahmen des gemeinsamen Handelns der Organisationsmitglieder einfügen. Wenn auch der Zustand der Unorganisiertbarkeit in letzter Zeit nahezu überwunden werden konnte, so wird das Wirken der Organisation doch immer wieder durch diesen Zustrom gestört. Die Gesamtheit aber hat ein Interesse daran, daß die Gasthausbesitzer zur Ordnung gebracht werden. Gelingt das, dann muß die Staatshilfe die Mittel des neuen Arbeitsvertragsrechts einsehen, und das Mindeste, was zu fordern wäre, ist die ungesäumte Verbindlichkeitserklärung eines etwa zustandekommenen Tarifes, falls die Organisation sie beantragen sollte.

Während wir hier den mehr oder minder chaotischen Kampf in einem Gewerbe erleben, in dem sich die Unternehmer noch gegen jeden Umgang mit Arbeiterorganisationen sträuben, haben wir eben den Abschluß einer Bewegung im Berliner Buchdruckgewerbe registrieren können. Im Gegensatz zum Gastwirtsberuf gelten in der graphischen Industrie längst moderne tarifvertragliche Gepflogenheiten als maßgebende Ausgangsformen zwischen organisierten Unternehmern und Gehilfen, und die Berliner Buchdrucker sind — wiederum im Gegensatz zu den jüngeren Kämpferschar der Gasthausangestellten — eine alte geschulte Gewerkschaftstruppe. Dennoch nimmt auch in diesem Kessel das Brodeln und Zischen kein Ende, und es ist sehr wahrscheinlich, daß die eben abgeschlossene Bewegung nicht die letzte dieser Art gewesen ist. Darum gebührt auch dieser Bewegung noch ein nachträgliches Wort.

Die Zeitungsherren und mit ihnen alle organisierten Buchdruckunternehmer machten den — wie erinnerlich ist — in den Kampf gedrängten Buchdruckern bei Kasse den Vorwurf des Tarifbruchs und rüsteten zur Aussetzung. In schönen Erklärungen gaben sie an, sie seien bereit gewesen, sich für den Tarifgedanken in die Katastrophe zu stürzen. Nur darum!

In Wirklichkeit aber ist es so, daß die Buchdruckereibesitzer seit Jahren bei allen zentralen Verhandlungen nahe daran waren, die dreißig Jahre bestehende Tarifgemeinschaft in die Brüche gehen zu lassen, weil ihnen die Lohnforderungen der Gehilfen zu hoch waren. Und die Organisation der Buchdrucker war es, die ihre Forderungen immer und immer wieder maßigte, weil sie — nach unserer Meinung und Kenntnis der Dinge mit Recht — den Tarif nicht preisgeben wollte. Durch alle Jahresberichte der zentralen Tarifinstanz seit 1918 geht die Klage, daß die Tarifgemeinschaft vor lauter Lohnstreitigkeiten nie dazu kam, sich der tariflichen Regelung anderer Angelegenheiten prinzipieller und rechtlicher Natur zuzuwenden.

Es ist aber anzunehmen, daß die Geduld der Gehilfen ein male in Ende hat, wenn das Unternehmertum seine Haltung beibehält. Der jüngste Kampf war ein Zeichen dafür, daß der Geduldssaden bereits sehr schadhafte Stellen aufweist. Darum muß entgegen den so human klingenden Versicherungen der Buchdruckunternehmer einmal deutlich gesagt werden, daß gerade sie es sind, die wohl mit ihrem sozialen Verständnis prunken, die es aber bisher unterlassen haben, in ihrer Lohnpolitik den Zeitumständen gebührende Rechnung zu tragen. Will man den Gehilfen das Vergnügen an ihrer Tarifgemeinschaft nicht vollends vereiteln, dann muß sich das ändern. Wehe dem von den Unternehmern so heiß geliebten Tarifgedanken, wenn es sich erweisen sollte, daß er in dieser jetzt geübten Praxis ein Hindernis für eine anständige Entlohnung ist. Dazu darf der Tarif von den Unternehmern nicht mißbraucht werden.

Noch deutlicher wird der Unterschied, der in jeder Beziehung zwischen Lohnbewegungen in Produktionszweigen mit eingelebtem Tarifwesen und alten Gewerkschaften und anderen Gewerben mit jüngeren Organisationen besteht, wenn wir zum Vergleich mit dem mutigen Ringen der Gasthausangestellten auch den jüngsten wochenlangen und erfolgreichen Streit der Berliner Holzarbeiter noch einmal erwähen. Hier ging der Streit nicht einmal um den Lohn, wie bei den Buchdruckern, sondern, wie wir in einem besonderen Artikel schon dargelegt haben, um grundsätzliche und Rechtsforderungen. Zwischen dem Ziel der Gastwirtsangestellten und dem erkämpften Recht der Holzarbeiter liegt eine weite Spannung, die nahezu getreu den geschichtlichen Werdegang der deutschen Gewerkschaftsbewegung wieder spiegelt. Unendlich verschieden sind die Umstände, unter denen Gasthausangestellte, Buchdrucker und Holzarbeiter ihren Kampf führen. Und an diesem Beispiel der drei zeitlich so nahe beieinander liegenden Kämpfe zeigt sich, wie endlos verschieden die Bedingungen gewerkschaftlicher Lohnbewegungen überhaupt sind, wie irrsinnig gewisse Personen sind, die immer wieder die „Verbindung“ der einzelnen Lohnkämpfe zu einem großen, von vielen Köchen verdorbenen Brei fordern.

Dennoch ist der Kampf der Arbeiterklasse ein einziger großer Kampf. Jeder Einzelerfolg, den eine Gruppe erringt, fördert alle anderen Kategorien. Dennoch ist solidares Verhalten aller Arbeiter in besonders schweren Kämpfen einzelner Berufe wohl am Platze. So wird die praktische Solidarität gegenüber den Gasthausangestellten von den Transportarbeitern bereits geübt, und andere Gewerkschaften haben sie angezündigt. Aber die Verpöbelung getrennter Bewegungen ist damit nicht zu vergleichen.

Vor allem aber ist in der Tat der Kampf der Gasthausangestellten unser Kampf, der Kampf der Arbeiter-

klasse. Vom ersten Koch des ersten Hotels bis zum letzten Küchenmädchen stehen sie mutig zusammen — ein selbstenes Bild von Einmütigkeit. Die gesamte Arbeiterklasse hat die Pflicht, ihnen mit allen Mitteln beizustehen.

## Die Politik der Demokraten

Die demokratische „Frankfurter Zeitung“ übt in einer rückschauenden Betrachtung über die Regierungskrise noch einmal scharfe Kritik an der Haltung der demokratischen Fraktion:

„Die ganze Sinnlosigkeit der letzten Kabinettskrisen — die, durch die Demokraten und durch einen Teil des Zentrums erzwungen, lediglich die Wirkung gehabt hat, daß sie drei Wochen lang die Verödung von der Beschäftigung mit den wirklich drängenden Problemen unserer Lage und die Regierung von der intensiven Arbeit an diesen abzog — konnte nicht deutlicher illustriert werden. Geändert hat sich lediglich eines: die Demokratische Partei ist aus der Regierungskoalition ausgeschieden, sie ist auch in dem Kabinett nicht mehr vertreten. Sie hat sich selbst ausgeschaltet, dank einer Fraktionsführung, wie sie unglückseliger nicht gedacht werden konnte, im letzten, das darf nicht unausgesprochen bleiben, bestimmt durch eine die Deutschdemokratische Reichstagsfraktion seit langem beherrschende unglückselige Neigung zur Vierung mit der Volkspartei, die die Politik der Fraktion in diesen ganzen Wochen in einem Grade beeinflußte, daß sie den Rückweg zu einer eigenen Politik auch dann nicht mehr fand, als durch die Volkspartei selbst schon jede Möglichkeit der großen Koalition beseitigt war.“

Die „unglückselige Neigung zur Vierung mit der Volkspartei“ fand bekanntlich eine besonders starke Förderung bei dem Berliner demokratischen Organ, dem „Berliner Tageblatt“. Fast sieht es nun so aus, als ob auch dort ein nachträgliches Verständnis für die Torheit dieser Politik aufzudämmern beginne. Zum mindesten fühlt man sich etwas betrogen.

Das „B.L.“ erinnert an die indiskrete Bemerkung der „Deutschen Tageszeitung“, wonach die Volkspartei während der ganzen Krise in engem Zusammenwirken mit den Deutschnationalen gestanden habe, und fügt bedauernd hinzu, es scheine, daß gegenwärtig der volksparteiellste Flügel, der sich gegen die Bezeichnung als Rechtspartei sträubt, immer mehr zurückgedrängt werde, und daß man sich wieder den Wohnungsverhältnissen näherte, die im Wahlkampf des vorigen Jahres Herr Hergt dahin präzisieren habe, daß man in verschiedenen Zimmern desselben Hauses einträchtig nebeneinander wohne.

Ein wenig Scharfblick würde genügt haben, um diese Gestaltung der Wohnungsverhältnisse schon früher zu erkennen. Aber wir sind auch weit davon entfernt, anzunehmen, daß die Demokraten in Zukunft auf die Anbahnung eines intimen Verhältnisses zur Volkspartei verzichten, weil diese die Hausgenossin der Deutschnationalen ist.

## 26 Fragen an die Regierung

### Zum Kappisten-Scandal

Genosse Rosenfeld hat an die Reichsregierung 26 Fragen gerichtet:

Am 27. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr, sollte endlich vor dem Reichsgericht der Hauptverhandlungstermin in der Strafsache gegen die Kappisten Jagow, Wangenheim und Schiele wegen des vor nunmehr 1 1/2 Jahren begangenen Hochverrats stattfinden. Der Termin ist aber wieder aufgehoben worden. Ich frage:

1. Auf wessen Antrag?
2. Wie war der Antrag begründet?
3. Wer hat die Aufhebung des Termins angeordnet?
4. Aus welchen Gründen?
5. Unter welchem Vorwand?
6. Hat der Oberreichsanwalt der Aufhebung zugestimmt?
7. Hat der Oberreichsanwalt nach Instruktionen des Reichsjustizministers gehandelt?
8. Hat der Reichsjustizminister angeordnet, daß alle Maßnahmen der Oberreichsanwaltschaft in den Prozessen gegen die Kappisten seiner Zustimmung bedürfen?
9. Oder hat der Reichsjustizminister der Oberreichsanwaltschaft in den Prozessen gegen die Kappisten und in der Frage der Aufhebung des am 27. d. Mts. anstehenden Termins völlig freie Hand gelassen?
10. Wird ein neuer Termin gegen Jagow, Wangenheim und Schiele anberaumt werden?
11. Wann?
12. Wird der neue Termin alsdann wieder aufgehoben werden?
13. Welche Beamten sind dafür verantwortlich, daß die Verschleppungsmanöver der Jagow, Wangenheim und Schiele Erfolg hatten und der Hauptverhandlungstermin aufgehoben wurde?
14. Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu ergreifen, um diese Beamten zur Verantwortung zu ziehen?
15. Aus welchem Grunde ist nach Anberaumung des Termins gegen Jagow und Genossen auf denselben Tag und auf dieselbe Stunde vor demselben Gericht auch ein Termin gegen den Kommunisten Ewert anberaumt worden?
16. War beabsichtigt, die Sache gegen Ewert so lange verhandeln zu lassen, bis für die Verhandlung des Prozesses Jagow und Genossen keine Zeit blieb?
17. Wie äußert sich über die letzte Frage der Oberreichsanwalt und wie der Vorsitzende des Gerichtshofes?
18. Haben die Kappisten Bauer, Ehrhardt, Babs und Söhner freies Geleit beantragt?
19. Wann?
20. Mit welcher Begründung?
21. Weiß die Reichsregierung, wo diese vier Kappisten sich befinden?
22. Ist ihnen freies Geleit gewährt und sind die Haftbefehle aufgehoben worden?
23. Wann?
24. Unter welchen Bedingungen?
25. Weiß die Reichsregierung, daß sämtliche Richter des Reichsgerichts, die zur Entscheidung der gegen die Kappisten schwebenden Hochverratsprozesse berufen sind, deutschnationaler Gesinnung sind?
26. Wie gedenkt die Reichsregierung dafür zu sorgen, daß die Hochverratsprozesse gegen die Kappisten endlich durchgeführt werden?

## Arbeiter, Angestellte und Beamte!

### Parteigenossen und Genossinnen!

Die beiden sozialistischen Parteien und die Gewerkschaftskommission haben beschlossen,

am 9. November, dem Jahrestag der Revolution,

durch machtvolle Demonstrationen ihren Willen zur Fortführung der Revolution zu bekennen.

Zu diesem Zwecke schließen die Betriebe um 2 Uhr mittags und marschieren geschlossen zu den Plätzen, die noch später, aber rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Die weiteren Bekanntmachungen, die auf die Demonstrationen Bezug haben, werden in den Sonntagsausgaben von „Vorwärts“ und „Freiheit“ am 8. November erscheinen, die wir zu beachten bitten.

Bezirksverband Berlin Brandenburg der U. S. P. D. 6. Müller.

Bezirksverband Berlin der S. P. D. A. Häusler.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend

Sabath.

lein, wenn sie sich als neuntes bis zwölftes Schuljahr auf die achtstufige Volksschule aufbaute und so allen Volksschülern die Möglichkeit höherer Allgemeinbildung ermöglichte. Sie müsse die volle Gleichberechtigung mit den anderen höheren Schulen haben, und sei nicht nur in 50 kleineren Städten, sondern überall und gerade in den Großstädten einzurichten. Die Lehrerbildung betrachten wir unter dem Gesichtspunkt der Gleichwertigkeit aller Schulunterrichtlichen Tätigkeit. Sie müsse deshalb den einheitlichen Lehrerkollegien bringen.

Im weiteren beschäftigte sich Genosse Holz mit den Elternbeiräten, der kollegialen Schulleitung, den Lehrerräten, den Versuchsschulen und wandte sich zum Schluß gegen die nationale Erziehung.

## Neue Stinnespläne

### Ein privatkapitalistisches Transport- und Verkehrsmonopol?

Einflussreiche kapitalistische Kreise entfallen eine fieberhafte Tätigkeit, um die Unternehmungen des Reiches, des Staates und der Gemeinden unter ihre Gewalt zu bringen. Welchen Absichten das dienen soll, haben wir kürzlich bei den Bestrebungen auf Ueberführung der Eisenbahnen in die Hände Privater dargelegt. Aus einem Artikel des Abgeordneten Huß im „Vorwärts“ erfährt man, daß jetzt auch der Plan besteht, die Direktion über die sehr umfangreichen Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen — staatlicher und städtischer Besitz — einem privatkapitalistischen Konsortium zu übertragen.

Huß richtet deshalb an die Regierungen des Reiches und des preussischen Staates einige verhängliche Fragen. Er fragt, ob den Regierungen bekannt sei, daß die gesamten Anlagen auf zunächst dreißig Jahre einer „Hafenbetriebsgesellschaft m. b. H.“ übertragen werden sollen und daß der größte Teil des Gesellschaftskapitals von den drei großen Organisationen der rheinisch-westfälischen Bergwerksbesitzer und der mit ihnen vielfach durch Personalunion oder andere engste Interessengemeinschaft verbundene „Duisburger Reedereigesellschaft“ gekennzeichnet werden solle.

Huß fragt ferner, ob der Regierung bekannt sei, daß seit mindestens Anfang August dieses Jahres der Entwurf des Gesellschaftsvertrages fertiggestellt ist, der eine sehr sorgfältige Vorbereitung des Projektes erkennen lasse. Alles werde aber ausdrücklich als „vertraulich“ bezeichnet. Von Interesse ist ferner die Mitteilung Huß, daß er vor einigen Monaten auf seine Anfrage von dem zuständigen preussischen Handelsminister (das ist der „Demokrat“ Fischbeck! Red.), ob er von diesem Projekte etwas wisse, eine verneinende Antwort erhalten habe. Huß fügt hinzu:

„Jetzt aber lenne ich dokumentarische Beweise für die Realität des Projektes, und zwar derartige, die gar keinen Zweifel über den Ernst der Sachlage zulassen. Schon während des Sommers dieses Jahres ist der ganze Plan von den Eingeweihten so ausgearbeitet worden, daß er nur noch der Unterschrift bedarf! Gehört die Reichs- und die preussische Staatsregierung zu den Eingeweihten?“

Ueber die Bedeutung der zu verschaffenden Anlagen sagt Huß:

„Die Duisburg-Ruhrorter Anlagen sind die bedeutendsten deutschen und europäischen Binnenhäfen. Der Güterumschlag ist ein gewaltiger. Wer über diese Häfen verfügt, hat den Schlüssel zum wichtigsten mitteleuropäischen Binnenwasserstraßen in Besitz. Seine Bedeutung steigt noch gewaltig, wenn die direkte Wasserstraßenverbindung Rhein-Donau-Schwarzes Meer fertiggestellt ist. Die postweise Uebertragung der Duisburg-Ruhrorter Häfen an eine privatkapitalistische Verwaltung soll zunächst auf 30 Jahre geschehen! Dadurch würde faktisch ein privatkapitalistisches Transport- und Verkehrsmonopol von ungeheurer Tragweite geschaffen! Schon seit vielen Jahren klagen die rheinischen Kleinrentner über die zunehmende Beherrschung der Rheinschiffahrt durch Großreedereien, die im intimsten Zusammenhang mit der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie stehen. Um die Monopolisierung des Schleppdienstes auf dem Rhein-Herne-Kanal durch großkapitalistische Unternehmer zu verhindern, ist dort gesetzlich das staatliche Schleppmonopol eingeführt worden. Für dessen Beibehaltung und Ausdehnung auf weitere künstliche Wasserstraßen ist die konservative Landtagsfraktion mit uns gegenüber den immer wiederholten Angriffen der rheinisch-westfälischen Großindustrievertreter auf das staatliche Monopol eingetreten. Wer diese Vorgänge kennt, weiß, daß die Ueberlieferung der Direktion über die Duisburg-Ruhrorter Hafenanlagen auch der Anfang vom Ende des staatlichen Schleppmonopols sein wird. Die faktische Herrschaft über die mit der Ausweitung von vielen Hunderten Millionen Mark von den Steuergeldern des Volkes hergestellten Kanäle und über die auch sehr kostspieligen Rhein- und Ruhrhäfen wäre damit einer verhältnismäßig kleinen Zahl riesenkapitalistischer Unternehmerkonzerne übertragen. Das hätte auch von tiefgreifendem Einfluß auf unsere Eisenbahnen sein würde, versteht sich ohne weiteres. Die Tarife für die Benutzung der Hafenanlagen, der Anfuhrgeleise, Kräne, Ripper usw. sollen von der projektieren privatkapitalistischen Hafenbetriebsgesellschaft „festgelegt“ werden!

Das alte Regime hat durch die staatliche Häfenverwaltung und das staatliche Schleppmonopol die Aufrichtung eines privatkapitalistischen Monopols wenigstens in diesem Schlüsselbereich unseres Binnenwasserverkehrs verhindert. Sollen in dem republikanischen Preußen und Deutschland die privatkapitalistischen Monopolisten ihr Ziel erreichen? Man bleibe uns vor allen Dingen mit Bewichtigungs-erklärungen vom Leibe! Auf die gestellten Anfragen müssen klare unzweideutige Antworten gegeben werden.“

Das ist auch unsere Meinung.

## Ein Befehrer

Der Reichstagsabgeordnete und Oberbürgermeister von Jittau in Sachsen, Dr. Kälz, der sich den Demokraten zurechnet, gehörte mit zu den eifrigsten unter denen, die die Zwangsverstaatlichung auf allen Gebieten möglichst schnell und reiflos zu beiseitigen trachten. Das Bemühen hat zum größten Teil Erfolg gehabt. Nun ist es interessant, was berichtet wird:

In der Jittauer Stadivertretungsverammlung äußerte Bürgermeister Zwingenberger, von dem sächsischen Landeskulturrat sei ein Richtpreis von 45 M. festgesetzt worden, aber in der weiten Umgebung von Jittau keinen Kartoffeln für diesen Preis zu bekommen. Ohne jede Begründung würden 50 Prozent Ausschlag genommen. Wenn die Landwirtschaft die Bevölkerung Hunger leiden lasse, so werde die Stadtverwaltung auch keinen Schritt tun, um die Ereignisse aufzuhalten, die die notwendige Folge davon sind. Oberbürgermeister Dr. Kälz bemerkte: Wenn die Entwicklung so weiterginge, führe sie notwendigerweise zur Wiederherstellung der Zwangswirtschaft. Er sei für deren Aufhebung eingetreten, weil er angenommen habe, daß die Landwirte vernünftig sein würden. Er habe sich offenbar geirrt und habe nichts gegen die Wiedereinführung einzusetzen können.

600 Mark für ein Zwanzigmarkstück. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 31. Oktober bis 8. November d. J. unverändert wie in der Woche zum Preise von 800 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 300 Mark für ein Zehnmarsstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

# Internationaler Jugendtag der sozialistischen Proletarierjugend

Heute, Sonntag, vormittag 10 Uhr, in den  
Musiker-Sälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31

Kein Jungproletarier darf fehlen!

## Die Antwort auf die Rechtsverwahrung

Paris, 29. Oktober.

Die Botschafterkonferenz hat auf die Note des deutschen Botschafters Dr. Mayer über die Teilung Oberschlesiens geantwortet: Die Alliierten betrachten den deutschen Protest gegen die Entscheidung über die Teilung Oberschlesiens als null und nichtig und nehmen Kenntnis von der Bereitwilligkeit Deutschlands, diese Entscheidung auszuführen.

Dazu bemerkt W. L. A.: Die vorstehende Havasnachricht gibt vermutlich den Inhalt der zu erwartenden Note richtig wieder, wobei dahingestellt bleiben muß, ob diese den Protest der deutschen Regierung in so scharfer Form zurückweist, wie Havas behauptet. Wie dem aber auch sei, es wird dadurch, daß die Entente erklärt, die Rechtsverwahrung nicht anzunehmen, die Rechtsverwahrung nicht aus der Welt geschafft und ihr nichts von ihrer historischen Bedeutung genommen. Im übrigen stellt die Entente nach der Havasmeldung die Tatsache fest, daß wir uns der Entscheidung fügen. Daß Deutschland die Entscheidung angenommen habe, wird auch von der Entente nicht behauptet.

Hoffentlich sind damit nun die juristischen Erörterungen abgeschlossen, die genau wie die Rechtsverwahrung selbst nur „historische Bedeutung“ besitzen. Ob wir nun die Entscheidung angenommen oder uns ihr nur gefügt haben, ist weniger wichtig, als daß Deutschland eine vernünftige Politik treibt.

## Die verschiedenen Kommissionen für Oberschlesien

Da in der Öffentlichkeit immer noch Unklarheiten über die auf Grund des Genfer Entscheides einzulegenden verschiedenen Kommissionen bestehen, sei hier noch einmal festgestellt: Es sind zu ernennen:

1. Die Kommission zur Führung der Verhandlungen über die Wirtschaftsbekimmungen der Genfer Entscheidung und zur Verhandlung über den Minoritätenvertrag. Für diese Verhandlungskommission sind von deutscher Seite als Hauptkommissare ernannt: Reichsminister a. D. Dr. Schiffer und Staatssekretär Dr. Lewald. Die Ernennung der Unterkommissare steht noch aus, dürfte aber sehr bald erfolgen.

2. Die gemischte Kommission für Oberschlesien, bestehend aus zwei Deutschen und zwei Polen, die jeweils gebürtige Oberschlesier sein müssen, und dem Präsidenten neutraler Nationalität, der vom Völkerbunde zu ernennen ist. Die deutsche Delegation für diese Kommission dürfte spätestens am Montag ernannt werden. Es werden hierfür nach halbamtlicher Mitteilung in Vorschlag gebracht die Herren Geheimrat Bergat Bunzel und der Weidener Bürgermeister Dr. Stephan, letzterer von preussischer Seite.

3. Das Schiedsgericht zur Schlichtung privater Streitigkeiten, das auch mit einem deutschen Richter zu besetzen ist. Die hierfür in Frage kommende Persönlichkeit ist noch nicht bekannt.

4. Die Grenzfestsetzungskommission, der als deutscher Hauptvertreter Herr v. Treutler und als Unterkommissar Graf Bodewitz angehören werden. Beide haben sich schon mehrfach in deutsch-polnischen Grenzfestsetzungsfragen als Unterhändler praktisch betätigt.

Dr. Oppeln, 29. Oktober.

Für den deutschen Teil Oberschlesiens wird für die Ubergangszeit der Rückführung in den preussischen Staat und Deutschen Reichsverband ein Staatskommissar ernannt werden. In Aussicht genommen ist dafür der ehemalige Landrat des Reiches Tarnowitz, Braunweiler.

## Amnestie für Polnisch-Oberschlesien

Dr. Barshan, 29. Oktober.

Die polnische Regierung hat für den an Polen fallenden Teil des ober-schlesischen Gebiets eine allgemeine Amnestie vorbereitet, die alle bisher ungeführten Straftaten von Angehörigen der beiden Nationen umfaßt, auch mit wenigen Ausnahmen die nicht-politischen Vorgehen.

## Kahr Nr. 2

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 29. Oktober.

Auf dem Landesparteitag der Bayerischen Volkspartei entwickelte der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld sein Programm. Seine Rede unterschied sich wenig von seiner etwas zurückhaltenden Programmrede im Landtag. Insbesondere erklärte er, daß sich keine Politik in seiner Weise vom Kurs der Regierung Kahr unterscheiden. Er legte ein Bekenntnis zum Föderalismus ab. Während er über die Rechtsputzisten nichts anderes zu sagen wußte, als daß die Vorkämpfer aus Berliner Nachrichtenfabriken stammen, erklärte er, daß ein allgemeiner wirtschaftlicher Niedergang, Arbeitslosigkeit und Hunger die Aufrechterhaltung der Ordnung erschwere. Man müsse gegen alle Eventualitäten gewappnet und gewillt sein, die unruhigen Elemente niederzukämpfen.

Ueber die Behandlung der politischen Gefangenen, die er „Ruhestörer“ nannte, erklärte er, daß hier die Interessen des bayerischen Staates allein entscheiden müßten. Man merkte deutlich die Spitze gegen eventuell beschlossene Schritte des sozialistischen Reichsjustizministers, der sich sehr scharf gegen die skandalösen Zustände im bayerischen Strafvollzug ausgesprochen hat. Lerchenfeld erklärte, daß hinsichtlich der Behandlung der „Ruhestörer“ eine falsche Humanität nicht am Platz war. Er ist der Ansicht, daß man nicht in den Fehler verfallen dürfe, einfach aus gutem Herzen die Leute herauszulassen, die in den Gefängnissen und Gefängnissen nichts anderes tun, als die Rache und den Sturz der Gesellschaft vorzubereiten. Die Grundzüge der Menschlichkeit vom rechtlichen Standpunkte aus dem Gegner gegenüber müßten natürlich gewahrt bleiben. Es werde Sache der Regierung sein, zwischen der nötigen Strenge und den Forderungen von Recht und Menschlichkeit die richtige Linie zu finden.

Die tatsächlichen Vorkommnisse seit dem Regierungsantritt des Grafen Lerchenfeld haben zur Genüge bewiesen, daß von einer Aenderung des bisherigen Regimes in Bayern keine Rede sein konnte. War man zuerst geneigt, dies auf den Widerstand der reaktionären, monarchistischen Beamtenschaft zurückzuführen und dem Grafen Lerchenfeld etwas Zeit zur Anbahnung eines neuen Kurses zu lassen, so hat jetzt Lerchenfeld selbst mit erschütternder Deutlichkeit ausgesprochen, daß von einer Aenderung des Systems keine Rede sein kann. Er hat sich voll und ganz zu Kahr bekannt. Sowohl im ausgesprochenen bayerischen Partikularismus als auch in der einseitigen Kampfstellung gegen links. Die genau belegten Angaben über die nationalsozialistischen Mörderorganisationen, die in der „Münchener Post“ erschienen sind, bezeichnet er als Berliner Nachwerke. Er deutet also ebenso wie Kahr die Nordbanden.

Dafür versäumt er nicht, um auch hierin seine gefinnungstreue Gemeinschaft mit Kahr zu bekräftigen, nach links scharf zu

machen. Er sagt nicht, was er tun will, um die Arbeiter, die durch „wirtschaftlichen Niedergang, Arbeitslosigkeit und Hunger“ beunruhigt sind, zu beruhigen, obwohl das heute die erste Aufgabe eines verantwortlichen Staatsmannes ist. Graf Lerchenfeld denkt allein daran, wie man die unruhigen Elemente niederhalten kann. Und zum Ueberflus rechtfertigt er die skandalöse Behandlung der bayerischen Festungsgefangenen, die nachgerade zu einem europäischen Skandal geworden ist.

Wir wissen also, woran wir mit Herrn v. Lerchenfeld sind. Seine Gesinnungs- und Tatgemeinschaft mit Kahr, sein Ableugnen der rechtsputzistischen Gefahr und seine Stellung gegen links nötigen der Arbeiterklasse den schärfsten Kampf gegen diesen Kahr Nr. 2 auf.

## Eine Kundgebung der bayerischen Rechtssozialisten

Die sozialdemokratische Partei Münchens, die sozialdemokratische Landtagsfraktion und die Landeszentrale der genannten Partei veröffentlichten eine Kundgebung anlässlich des Anschlages auf den Abgeordneten Auer. Dieser Anschlag wird auf die gegen Gesetz und Ordnung verstoßende, fanatisch betriebene Volksverhetzung gewisser Kreise zurückgeführt, und die organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten werden zum ersten Kampfe gegen die unhaltbaren Zustände aufgefordert. Die Kundgebung schließt: Nieder mit den Urhebern und Anhängern der Neuchelmordpolitik! Hoch die Republik! Hoch die Demokratie!

## Der Stand der Mark

An der Börse veränderten sich gestern die Kurse für fremde Währungen nicht wesentlich. Der Dollar wurde mit 177,57 notiert, holländische Gulden mit 6033,95, Schweizer Franken mit 3246,75. Trotzdem war nach Effekten weiterhin stürmische Nachfrage, so daß erhebliche Kurssteigerungen eintreten.

Auch an der Warenbörse waren neue Preissteigerungen zu verzeichnen. Weizen, für den pro 50 Kilo am Freitag 303 bis 309 Mark bezahlt wurden, stieg auf 312 bis 315 Mark. Weizenmehl wurde am Freitag mit 380 bis 410, gestern mit 395 bis 420 Mark pro 50 Kilo notiert.

Auch die Viehpreise sind in der vergangenen Woche gestiegen, trotzdem der Viehauftrieb zum Teil größer war als in den vorhergehenden Wochen. Im allgemeinen wurden Rinder um 25 bis 75 M., Kühe um 50 bis 100 M., Schafe um 25 bis 150 M. und Schweine um 25 bis 150 M. für je 100 Pfund Lebendgewicht teurer.

## Das Elend der Schule

Gewesene Minister können amtierenden Ministern unbehagen werden — wenn die Gewesenen nicht Konrad Haenisch heißen. Wie harmlos sie dann sind, das zeigte sich in der Sitzung des Hauptausschusses des Landtages am Freitag. Zur Beratung stand der Haushaltsplan des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Es war ein hübsches Schauspiel, zu sehen, wie Haenisch und sein Nachfolger Beder die Klagen freuzten. Haenisch war bisher außerordentlich rücksichtslos behandelt worden, sowohl vom Minister als auch von den Vertretern der bürgerlichen Parteien. Dadurch ließ er sich nicht abhalten, mit großer Schärfe gegen die vom jetzigen Minister betriebene Personalpolitik vorzugehen und ihr demütig reaktionären Charakter vorzumerfen. Minister Beder aber ließ sie sich den nicht üblen Scherz und erklärte, er treibe grundsätzlich die Politik der großen Koalition, die eine Zurückführung sozialistischer Beamten ausschließe. Da hatte Herr Haenisch die Behauptung der „großen Koalition“.

Was von den beiden Streitenden zu halten ist, wies unser Genosse Holz nach. Er führte aus: Haenisch trieb als Minister bürgerliche Reformpolitik, den bürgerlichen Charakter des Schulwesens ließ er unangefastet. Sozialistisch vermachte er in sachlicher Beziehung nichts zu beeinflussen. Das ließen die bürgerlichen Koalitionsparteien nicht zu. Nur die Grundschule wurde geschaffen. Diese Reform wird überhöht. Sie liegt im Grunde alles beim alten und hat keine Hebung der Bildung des Proletariats gebracht. Der Klassencharakter unseres Schulwesens ist noch in vollem Umfange vorhanden. Dem sozialistischen Gedanken suchte Haenisch durch seine Personalpolitik zu dienen, doch ließ er dabei die nötige Entschiedenheit vermissen. Die Grundschule geht den bürgerlichen Politikern schon zu weit. Sie wollen sie durch sogenannte Bergabungsklassen vernichten. Der neue Minister hat leider zu erkennen gegeben, daß er ihnen dabei helfen werde. Er müsse heute Antwort geben auf die Frage, wie es mit der bisherigen Segta der höheren Anabenschule, der siebenten Klasse der Lyzeen, der letzten Klasse der Mittelschule werde. Sie seien auf alle Fälle in die Grundschule einzubeziehen. Die höheren Anabenschulen würden demnach achtjährig, die Lyzeen sechsjährig, die Mittelschulen fünfjährig. Die Mittelschulen müßten schon jetzt abgebaut werden, sie hätten keinerlei Berechtigung mehr. Ebenso sei das Mittelschullehrerexamen sofort zu beseitigen. Für die Aufbauschule würden wir auf alle Fälle

## Das Ultimatum der Kleinen Entente

Graz, 29. Oktober.

Wie die „Graz Tagespost“ aus Laibach meldet, ist der Entwurf zum Ultimatum aus Prag in Belgrad eingetroffen. Die Prager Regierung soll im allgemeinen bezüglich des Inhaltes des Ultimatum mit der serbischen Regierung einverstanden sein, doch verlautet, daß sie besondere Bedingungen aufstelle, und zwar 1. die Nationalversammlung in Budapest müsse grundsätzliche Erklärungen bezüglich der Absetzung Karls abgeben, 2. unbedingte Durchführung des Vertrages von Trianon, 3. Nichtanerkennung irgendeiner Vereinbarung, 4. Schadenersatzleistung gegenüber der Tschechoslowakei und Jugoslawien bezüglich der Mobilisierungskosten, 5. als Kompensation werden der Tschechoslowakei die Bergwerke an der Grenze und Jugoslawien die Kohlenbergwerke in Jankinac übergeben, 6. vollständige Entlassung Ungarns unter Aufsicht einer besonderen Kommission, die von der Kleinen Entente gebildet werden soll, 7. alle Führer der faschistischen Bewegung, die tschechoslowakische oder jugoslawische Staatsbürger sind, sollen der Kleinen Entente übergeben werden, 8. Antwort Ungarns binnen 48 Stunden. Für den Fall der Annahme des Ultimatum ist Abschaffung eines Protokolls, für den Fall der Nichtannahme sofortige militärische Aktion von Seiten der Kleinen Entente vorgezogen. Nach einer Meldung desselben Blattes aus

Belgrad ist dort aus Bukarest bis heute früh noch keine endgültige Zustimmung zum Ultimatum eingetroffen. Man erwartet die Antwort im Laufe des heutigen Tages.

## Eine Erklärung der jugoslawischen Regierung

Z. Wien, 29. Oktober.

Die „Südwestliche Korrespondenz“ verbreitet eine Meldung der offiziellen Nachrichtenagentur aus Belgrad, in der es heißt: Das Ultimatum der Kleinen Entente an die ungarische Regierung hat infolge der Verzögerung der rumänischen Antwortnote und der Notwendigkeit eines Gedankenaustausches zwischen den Kabinetten von Belgrad und Prag eine Verschiebung erfahren. Die jugoslawische Regierung sieht sich dadurch keineswegs zu einer Aenderung ihres Standpunktes veranlaßt. Die militärischen Vorbereitungen nehmen nach wie vor ihren Fortgang.

In einigen Berliner Blättern sind Nachrichten veröffentlicht, die von einem scharfen Gegensatz zwischen der Großen und Kleinen Entente in der ungarischen Frage sprechen. Diese Nachrichten sind außerordentlich übertrieben und tendenziös gefärbt. Tatsache ist lediglich, daß die italienische Regierung, aus Rivalität gegen Jugoslawien, dem gemeinsamen Vorgehen der Kleinen Entente gegen Horthy-Ungarn Hindernisse in den Weg legt. Dieser Haltung Italiens ist es vor allen Dingen zuzuschreiben, daß der diplomatische Schritt gegen Ungarn eine Verzögerung erfahren hat. Die italienische Regierung hat sich durch dieses Vorgehen als Schildhalterin Horthys erwiesen, der auf die Uneinigkeit zwischen der Großen und Kleinen Entente spekuliert, um auf diese Weise sein Gaszenregiment aufrecht zu erhalten.

Es ist höchste Zeit, daß das italienische Proletariat dieses schändliche Spiel seiner Regierung durchkreuzt und von seinen Machtmitteln Gebrauch macht, um der italienischen Diplomatie ihre konterrevolutionären Extratouren abzugewöhnen.

## Lenins neue Bekenntnisse

Moskau, 23. Oktober.

Ueber die Richtlinien der neuen Wirtschaftspolitik Sowjet-Russlands hielt Lenin, nachdem er in einer Ansprache dargelegt hatte, daß die Anwendung des reinen Kommunismus ein Chaos in Stadt und Land herabgebracht habe und daß eine Aenderung der Methoden notwendig sei, auf einer Besprechung der bolschewistischen Propagandafachs eine längere Rede, in der er u. a. ausführte: „Sowjet-Russland ist in erster Linie ein Bauernland und seine Wirtschaft muß sich deshalb nach den Bauern richten. Man kann aber die Bauern nur zur Mitarbeit bringen, wenn man ihre persönliche Initiative anregt. Bisher war es uns nicht gelungen, das Privatinteresse der Bauern in genügendem Umfange zu berücksichtigen. Mit der Aufhebung der Güter über die Lebensmittelgaben, deren Verwandlung in eine geringe Lebensmittelsteuer und der Zulassung des Einzelhandels mit allen Wirtschaftsprüfungen haben wir den ersten Schritt dazu getan. Wenn man einwendet, die Konzeptionen, die wir dem ausländischen Kapital gemacht haben, brächten den Kapitalismus nach Rußland zurück, so hat das keine Richtigkeit, aber die Rückkehr des Kapitalismus liegt auf der Linie unserer neuen Wirtschaftspolitik, wie das ja auch unser jetziges Verhalten gegenüber der Bauernschaft beweist.“

Es ist ein Irrtum gewesen, — fuhr Lenin fort — wenn man glaubte, auf einen kommunistischen Befehl hin würde von selbst produziert und verteilt werden. Die Kapitalisten werden aufstehen und dann wird auch wieder das Proletariat aufstehen. Die Kapitalisten werden neben uns sein, sie werden aus uns 100 Prozent unserer Arbeit heraus schlagen und sich bereichern. Aber die Frage wird sein, wer sich schneller organisieren kann, das Proletariat oder das Kapital, ob die Staatsgewalt sich durchsetzt oder die kapitalistischen Kräfte. Wir glauben, daß ein Sieg des Kapitals nicht zu befürchten ist, eben weil wir uns jetzt auf das Bauerntum stützen, das ja letzten Endes dem Proletariat angehört (?). Der Zustand, der sich nun entwickeln wird, ist notwendig, weil wir erst lernen müssen, zu wirtschaften, was wir bisher nicht konnten. Laßt die Kapitalisten sich bereichern, ihr lernt inzwischen wirtschaften und dann werdet ihr die kommunistische Republik begründen!“

Nach der Julirevolution 1830 gab der Bürgerkönig Louis Philipp die Parole an die Bourgeoisie aus: „Vereihert euch!“ Seinen Spuren folgt Lenin, indem er der Sowjetbourgeoisie und dem ausländischen Kapital denselben Weg öffnet. So sieht der „Sieg“ des kommunistischen Prinzips und der kommunistischen Taktik in der Wirklichkeit aus.

## Kleine Nachrichten

Neue Zeitungsverbote. Der Stuttgarter „Kommunist“ und die mit ihm verbundenen Blätter wurden vom Ministerium des Innern wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten auf acht Tage verboten.

Die Feier des 9. November. Das braunschweigische Staatsministerium beabsichtigt, dem Landtag eine Vorlage zu geben zu lassen, wonach der 9. November durch Gesetz zum allgemeinen Feiertag erklärt werden soll.

Der neue deutsche Gesandte in Prag, Dr. Koch, überreichte am Sonnabend in feierlicher Audienz dem Präsidenten der tschechoslowakischen Republik sein Beglaubigungsschreiben. In den gegenseitigen Ansprachen wurde besonders die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern hervorgehoben.

Ein Druckfehler hat sich bei unseren Bemerkungen im Abendblatt über die Rede Dr. Birchs eingeschlichen. In dem Satz über die Zusammenarbeit von Besitz und Kapital muß es nicht heißen: daß sie den Interessen der minderbemittelten Bevölkerung „entspricht“, sondern widerspricht.

Ihre Marke?  
**LANDE**  
wonn Sie Kanner  
und Feinschmecker sind!



### Gegen den Nationalismus!

Von Artur Crispian

Kaum ist eine Regierungskrise beendet, so bereitet sich drohend eine neue vor. Alle diese einzelnen Regierungskrisen sind nur Episoden der großen latenten Krise, die wir in Deutschland seit dem Ausbruch der Revolution haben, seit jenem Tag, wo der offene Kampf zwischen dem Proletariat und den kapitalistischen Klassen losbrach. Der Kampf um die Macht, das ist die Grundursache der Regierungskrisen. Ihr Ende wird zusammenfallen mit der Entscheidung über die Macht.

In dem kapitalistisch hoch entwickelten Deutschland ist das Proletariat ökonomisch und politisch ein derart starker Faktor, daß sich ihm gegenüber keine kapitalistische Regierung behaupten kann. Mehr: das Proletariat könnte jeden Tag die Macht ergreifen und festhalten, wenn es geschlossen und zielbewußt wäre. Diese unermüdliche Vorbedingung muß sich das Proletariat nicht zuletzt auch durch eigene bittere Erfahrungen erst noch schaffen. Das kann durch besondere politische Ereignisse rascher geschehen, als mancher annehmen mag. Aber nicht nur eine rein kapitalistische Regierung ist in Deutschland für die Dauer nicht mehr möglich, sondern auch eine kapitalistisch-sozialistische Regierung muß in einiger Zeit immer wieder scheitern, und zwar an dem unmöglichen Versuch, die Klassengegenstände im deutschen Klassenstaat auszugleichen.

Die kapitalistischen Vorkämpfer haben auch diesmal nicht um Oberschlesien getungen; sie stehen gegen den Sozialismus vor. Die Entscheidung über Oberschlesien, die in die bereits auf gewordene Regierungskrise hineinplante, war den Reaktionsären gerade gut genug, ihren Vorstoß durch nationalistische Stimmungsmache moralisch zu stärken. Die führenden Kapitalisten sind infolge des internationalen Charakters des Kapitals international orientiert. Der Nationalismus wird den Massen vorgespielt, um sie für private Profitinteressen gegen ausländische kapitalistische Konkurrenten mobil zu machen. Die deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer lassen die Hungerpeitsche nicht weniger erbarmungslos auf ihre ärmeren Vaterlandsgenossen niederfallen, als irgendein Entente-Imperialist während der schlimmsten Kriegsjahre. Vaterlandstreue um Vaterlandstreue sagen die Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Da geben sie den Proletariern weder ausreichende Löhne, noch genug Brot, Kartoffeln und Milch.

Um so bedauerlicher ist es, daß immer noch große Teile der Arbeiter nationalistisch befangen sind. Als internationaler Sozialist muß man z. B. den „Protest gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens“, den der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsring und der Deutsche Beamtenbund veröffentlichten, entschieden ablehnen. Wenn rechtssozialistische und kleinbürgerlich-demokratische Führer der genannten Organisationen sich anmaßen, im Namen von 13 Millionen deutscher Arbeiter, also aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, nationalistiche Kundgebungen herauszubringen, dann müssen wir gewerkschaftlich organisierten unabhängigen Sozialdemokraten öffentlich erklären, daß sie das nicht in unserem Namen getan und daß sie auch gar kein Recht dazu haben, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in eine Front mit Nationalisten einzureihen. Selbstverständlich haben die Gewerkschaften das Recht und die Pflicht, sich auch politisch zu betätigen. Das muß aber nach vorheriger Verständigung mit den politischen Parteien geschehen, wenn die Gewerkschaften im Namen aller ihrer — politisch verschiedenen Parteien angehörigen — Mitglieder sprechen wollen.

Auch in der rechtssozialistischen Partei kommt der Nationalismus immer wieder zum Ausdruck. So, als die ober-schlesischen Rechtssozialisten forderten, daß die Rechtssozialisten ihre Regierungsgämter hinschmeißen müßten wegen der für Deutschland ungünstigen Entscheidung über Oberschlesien, ganz im Sinne der genialen Politik der Demokraten. Brauchen wir uns aber über Mitglieder der rechtssozialistischen Partei zu wundern, wo doch ihr Vorsitzender Hermann Müller im Reichstag ausführte: „Wenn uns jemand den Vorwurf nationaler Unzuverlässigkeit machen will, so können wir darüber mit Berachtung hinweggehen. In den sieben schweren

Jahren, die Deutschland hinter sich hat, hat unsere Partei den besten Beweis geliefert, daß sie sich an nationaler Zuverlässigkeit von keiner anderen Partei übertreffen läßt.“ Das sagt ein Mann, der Mitglied der sogenannten 2. Internationale ist! Bei solchen Gelegenheiten tut sich stets erneut die tiefe Kluft auf, die revolutionäre Sozialisten von den Rechtssozialisten trennt. Es ist wahr, leider wahr, daß sich die Rechtssozialisten seit dem 4. August 1914 in ihrer nationalen Zuverlässigkeit von keiner anderen Partei haben übertreffen lassen. Wieviel besser stünde es mit der proletarischen Bewegung, wenn die Rechtssozialisten danach gestrebt hätten, sich von keiner anderen Partei in ihrer sozialistischen internationalen Zuverlässigkeit übertreffen zu lassen.

Es entspricht durchaus der nationalen Gesinnung, sich über Vergewaltigung, Rechtsbruch und Verletzung des Völkerrechts regelmäßig dann zu entrüsten, wenn man nicht selbst vergewaltigen und Recht brechen konnte, weil man nicht die Macht dazu hatte. Die deutschen Nationalisten, von Wilhelm II. bis zu Scheidemann, begannen ihren Krieg mit der Vergewaltigung Belgiens und wollten ihn beenden mit der Vergewaltigung aller besiegten Völker. Wer das gebilligt und mitgemacht hat, sollte kluglich schweigen und nicht Taten anderer als Verbrechen auslegen, die man als höchste, durch Not geheiligte Menschenpflichten proft, wenn man sie selbst verübt hat. Nur wer, wie wir, auch in den schweren Kriegsjahren seine Pflicht als internationaler Sozialist erfüllte, darf seine Stimme gegen jede imperialistische Gewaltpolitik erheben, von welcher Seite immer sie geübt werde.

Proletariat müssen sich gegen die nationalistiche Seuche immun machen. Sonst werden sie nie rechte Kämpfer um die Befreiung der Menschheit vom Kapitalismus werden. Die Nationalisten aller Schattierungen haben die Entscheidung über Oberschlesien zum Anlaß einer neuen nationalistischen Hege mißbraucht. Schauen wir uns die Nationalisten näher an, zu Ruh und Frommen derjenigen Proletariat, die leicht Stimmungen erliegen.

Das kapitalistische Deutschland und das kapitalistische England standen seit Jahrzehnten in einem Konkurrenzkampf, in dem mit allen Mitteln um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt gerungen wurde. Die deutschen Imperialisten schlugen los, als sie sich ihren Konkurrenten militärisch überlegen glaubten. Das Kriegsziel der deutschen Imperialisten haben folgende Organisationen der deutschen Regierung, am 20. Mai 1915, schriftlich mitgeteilt: Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Vorort der christlichen deutschen Bauernvereine, Zentralverband deutscher Industrieller, Bund der Industriellen, Reichsdeutscher Mittelstandsverband. In ihrer Eingabe an die deutsche Regierung forderten die genannten Organisationen, daß diesem Krieg ein ehrenvoller Frieden folgen müsse, der den gebrachten Opfern entspreche. Die Kriegsbeute sollte für absehbare Zeit durch „eine starke wirtschaftliche und militärische Schwächung unserer Gegner“ gesichert werden. Die deutschen Kriegstreiber wollten neben einer „ausreichenden Kriegsschädigung“ nur noch „ein Kolonialreich, das den vielseitigen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands voll genügt“ und „eine Sicherung und Verbesserung der europäischen Daseinsgrundlage des Deutschen Reichs“. Zur „Verbesserung“ der europäischen Daseinsgrundlage des Deutschen Reichs sollten annectiert werden: Belgien, das an Belgien grenzende französische Küstengebiet „bis etwa zur Somme“ mit dem „wirtschaftlich und strategisch“ nötigen „Hinterland“, die „Erzgebirge von Briey“, die „uns bedrohenden Festungsstellungen, insbesondere von Verdun und Belfort und den dazwischen liegenden westlichen Abfall der Vogesen“. Ferner heißt es in der Eingabe: „Mit dem Erwerb der Maaslinie und der französischen Kanalküste wäre außer dem erwähnten Ertragsgebiet von Briey auch der Besitz der Kohlengebiete des Departements du Nord und des Pas de Calais gegeben.“ Diese bescheidenen „Verbesserungen der europäischen Daseinsgrundlage des Deutschen Reichs“ im Westen sollten ihre entsprechende Ergänzung im Osten finden: „Für den Osten muß zunächst maßgebend sein, daß der im Westen zu erwartende große industrielle Nachzuwachs ein Gegengewicht durch ein gleichwertiges im Osten zu erwerbendes Landwirtschaftsgebiet finden muß“. Zu dem Zweck sollte „eine erhebliche Erweiterung der Reichs- und preussischen Grenzen gegen Osten durch Angliederung mindestens von Teilen der

Dniepropowinzen und der südlich davon liegenden Gebiete“ erfolgen. Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien „dürfen nicht die gefährdeten Lufthorizonte bleiben, die sie jetzt sind“ und verlangen „eine bessere Sicherung ihrer Grenzen durch die Verlagerung weiter Landstriche“. Die deutschen „Siegerfrieden“ im Osten, Brest-Litowsk und Bukarest, wurden denn auch Beweise dafür, wie blutig ernst es den deutschen Eroberern mit der Bewirklichung ihres Kriegsziels war. Die beiden östlichen Siegerfrieden sollten „die europäische Daseinsgrundlage des Deutschen Reichs“ allein im Osten um ein Einflußgebiet von über einer Million Quadratkilometern mit 50 Millionen Einwohnern „verbessern“. Hierzu würden noch gegen 470 000 Quadratkilometer mit 13 Millionen Einwohnern in Rumänien und 75 Millionen Einwohnern gekommen sein, wenn alle Blütenräume deutscher Imperialisten reif geworden wären.

Die deutschen Kapitalisten und Großgrundbesitzer konnten ihre Kriegsziele nicht verwirklichen, weil Brest-Litowsk und Bukarest im Osten nicht durch ein Sedan im Westen ergänzt wurden, sondern weil der gesamte Krieg für Deutschland in Versailles endete.

Es sind also dieselben Kriegsgewalttäter, dieselben Annectio-nisten, dieselben Kriegs-Durchhalter bis zum Zusammenbruch, dieselben Nationalisten, die sich jetzt sittlich und moralisch über die Entente-Imperialisten entrüsten, weil diese ihnen das zufügen, was sie jenen zugezählt hatten.

Proletariat haben nicht die Aufgabe, in diesen nationalistischen Streitigkeiten Partei zu ergreifen und die Sache dieser oder jener Nationalisten zu ihrer eigenen zu machen, sie haben sich über die nationalen Schranken hinweg zu einer großen proletarischen Partei aller Länder zusammenzuschließen gegen die Nationalisten aller Länder. Das bedingt zunächst die Geschlossenheit des Proletariats in den einzelnen Ländern. Und zwar die Geschlossenheit auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes.

In Deutschland wird die Geschlossenheit des Proletariats durch die rechtssozialistische Burgfriedens- und Koalitions-politik verhindert. Daran liegt es, daß das deutsche Proletariat bisher nicht die Macht ergreifen und behaupten konnte. Daran liegt es, daß der Nationalismus bis heute noch das Denken vieler Arbeiter vergiftet, daran liegt es, daß jede kapitalistisch-rechtssozialistische Regierungskrise mit der Bildung einer neuen kapitalistisch-rechtssozialistischen Koalitionsregierung einen scheinbaren Abschluß findet.

### Aus der Partei

#### Eine Propagandachrift für unsere Jugend

Die Einigkeit, mit der das Bürgertum an der Erfassung breiter Schichten der Jugendlichen arbeitet, muß der sozialistischen Arbeiterbewegung ein Ansporn sein, das Heer der organisierten Arbeiterjugend beständig zu vergrößern, um recht viele Arbeiterjugend und -mädchen zu Mitstreitern für den Sozialismus zu gewinnen. Dieser Werbearbeit unter den Jugendlichen dient eine neuerdings in der Jugendchriftensammlung „Proletarische Jugend“ herausgegebene Schrift von Hans Hackmack: „Eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt“.

Die Broschüre (Einzelpreis 2,50 M.) ist durch Organisationen zu Vorzugspreisen direkt vom Verlag „Freiheit“, Berlin C. 2, Breite Straße 8/9, zu beziehen. Mögen die Jugendorganisationen für weite Verbreitung der Schrift sorgen!

### Aus der Internationale

#### Beigelegter Streit in der schweizerischen Partei

In der schweizerischen sozialistischen Partei war vor kurzem eine Krise ausgebrochen, die vorübergehend zum Rücktritt des Genossen Grim aus der Parteileitung geführt hat. Den Anlaß hierzu gab die von der Parteileitung hinausgeschickte Ausführung eines auf dem letzten Parteitag gefaßten Entschlusses, wonach der Nationalrat Ruser entweder aufgefördert werden sollte, sein Mandat niederzulegen oder von seinem Posten im Internationalen Arbeitsamt zurückzutreten.

Dieser Konflikt ist nun durch eine Entschliessung beigelegt worden, welche besagt, daß Ruser sein Mandat im Nationalrat bis zu dessen Ablauf am Ende dieses Jahres beibehalten und auf eine weitere Kandidatur verzichten wird.



# Wolfsrauel

### Damenkleidung

- Morgenrock aus Flauchstoff .... 95.-
- Rock a. reinw. Cheviot 125.-
- Kleid a. weicher Seide mit farbigen Besatz 390.-
- Kleid a. reinw. Trikot 575.-
- Mantel a. prakt. Stoff in dunklen Farben 390.-

### Korsette

- Korsett a. grauem Drell 39.-
- Korsett aus lila Drell mit 1 Paar Haltern .. 45.-
- Korsett a. grauem Drell mit 1 Paar Haltern .. 65.-
- Korsett aus rosa Drell, waschb. Einl. m. IP. Hal. 78.-
- Büstenhalter w. A. H. 12.50

### Wirkwaren

- Herren-Hemden wollgemischt, Mittelgr. 58.-
- Herren-Beinkleid wollgemischt, Mittelgr. 43.50
- Damen-Reformbeinkleid weiche Qualität, Mittelgröße ..... 48.75
- Damen-Hemd-hosen feingestrickt ..... 39.-

### Schürzen

- Schmuckschürze Batist mit Stickerei a. Ständen 15.-
- Schmuckschürze mit Träg. Batist m. Stick. Ein-a. Aus. 30.-
- Blusenschürzen-grau, Ness., m. Borte garniert 25.-
- Kleiderschürze, Wien. Form, grau Nessel mit einfarbigem Paspel ..... 42.-

### Herrenkleidung

- Hausjoppa, warm, Stoff mit Agraffen .. 148.-
- Schlafrock z. Knöpf. in vielen Farben ... 190.-
- Winter-Joppe warm gefüttert ..... 198.-
- Sportpelze, flotte Ausführung in großer Auswahl

### Herren-Hüte

- Herren-Hut in verschied. Farben 58.-
- Haarfürz-Hut ..... 78.-
- Strickbinder in verschiedenen Farben ... 9.-
- Selbstbinder a. Form 25.-
- Hosenträger Gummil mit Lederpatten 13.50

### Gardinen

- Erbstüll-Halbvorhang mit Bändchenarbeit .. 65.-
- Halbvorhang aus gewebtem Tüll mit Figuren-Fries ..... 99.-
- Erbstüll-Garnitur 2 Flügel, 1 Querbehang 129.-
- Gewebte Tüll-Garn. 2 Flügel, 1 Querbehang 140.-

### Transport. Öfen

- Eiserne Dauerbrand-Öfen m. feuerfester Chamotte-Auslage 210.- bis 725.-
- Kachel-Öfen aus feuerfesten Majolika-Kacheln 500.- bis 2500.-
- Eiserne Öfen für Anthracit-Feuerung

Kleid a. reinwoll. Twill mit Stickerei 650.-  
Kleid aus reinwollenem Gabardin m. Bändchen und grauem Lammfell 975.-

## Bürgerliche Diktatur im Roten Haus

Die in Aussicht stehende Wahl des Vorstehers der Stadtverordnetenversammlung gibt der bürgerlichen Presse Anlaß, etwas offener als vor den Wahlen die Absichten der bürgerlichen Parteien auszudeuten. Seit der Revolution ist in allen parlamentarischen Körperschaften der Grundgedanke verwirklicht, daß die stärkste Fraktion Anspruch auf den Vorsitz der Versammlung hat. Wo das nicht der Fall war, wie z. B. in der Nationalversammlung, da hatten die Sozialdemokraten freiwillig zugunsten des Zentrums verzichtet, weil sonst gleichzeitig Ministerpräsident und Präsident der Nationalversammlung der gleichen Partei angehört hätten.

Mit dem Grundgedanke, daß für die Wahl des Stadtverordnetenvorstehers die Fraktionsstärke maßgebend sein soll, wollen die Bürgerlichen jetzt aber brechen. Nach ihren Absichten soll die Wahl als eine „Frage des Vertrauens in eine bestimmte Persönlichkeit“ verhandelt werden. Das wollen sie, weil es ihre Absicht ist, daß bei der Wahl des neuen Stadtverordnetenvorstehers auch die Bedeutung der Stadtverordnetenwahlen mit ihrem Ruf nach Rechts und ihrer bürgerlichen Mehrheit zum Ausdruck kommen muß.

Demnach scheint es, als ob die bürgerlichen Parteien gleich in der ersten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von ihrer schwachen Mehrheit rücksichtslos Gebrauch machen wollen, natürlich unter Verletzung überall anerkannter demokratischer Grundsätze. Voraussetzung dafür ist allerdings die Zustimmung der Demokraten. Nach ihrer jämmerlichen Haltung in der früheren Stadtverordnetenversammlung und ihrer Haltung bei der jetzigen Regierungsbildung, wird man auch mit dieser Möglichkeit rechnen müssen.

## Gegen nichtgewerkschaftliche Erwerbslosenräte

Der Magistrat teilt mit: Das wide Treiben gewisser Gruppen, das zur vorübergehenden Schließung von Fach- und Bezirksamt-nachweisen geführt hat, veranlaßt die Deputation für Arbeit und Gewerbe sowie den Magistrat, zu den folgenden Maßnahmen der Erwerbslosenfürsorge Stellung zu nehmen: 1. Die Stempel des sogenannten Aktionsausschusses der Erwerbslosen werden zwecks Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung nicht anerkannt. Soweit Zahlung auf Grund dieses Stempels erfolgt ist, ist sie wieder in Abzug zu bringen. 2. Soweit für Sonnabend, den 29. Oktober, ein ordnungsmäßiger Stempel der Arbeitsnachweise fehlt, ist Erwerbslosenunterstützung zu zahlen mit der Maßgabe, daß der ordnungsgemäße Stempel im Laufe der kommenden Woche nachgebracht wird. Wird der Stempel nicht nachgeholt, so ist die für diese Tage gezahlte Erwerbslosenunterstützung wieder in Abzug zu bringen. 3. Der Arbeitsnachweis Wusterhausener Straße sowie die Arbeitsnachweise der einzelnen Verwaltungsbezirke, soweit sie am Freitag und Sonnabend geschlossen waren, werden Montag, den 31. Oktober, wieder geöffnet sein. Die notwendigen Schutzmaßnahmen sind durchgeführt. — Der Magistrat heißt diese Maßnahmen gut und glaubt, daß auf Grund derselben Ruhe eintreten wird.

## Neue Erhöhung der Kohlenpreise

Das Kohlenamt teilt mit: Infolge der ab 1. November in Kraft tretenden 30prozentigen Erhöhung der Bahnfrachten ist eine entsprechende Erhöhung der Kleinverkaufspreise für Beifahrer notwendig geworden. Die Preise betragen demnach ab 2. November für Küchen- und Ofenbrand ab Lager 18,65 M., frei Keller 19,65 M.; für Kleingewerbe, Zentralheizungsanlagen usw. bei fuhrweiser Lieferung ab Lager 18,65 M., frei Keller 19,65 M. Diese neue Preiserhöhung scheint wie jede andere den Händlern ganz unbedeutend zu sein. Durch die Erhöhung werden nicht nur die mit erhöhter Bahnfracht belasteten Kohlen verteuert, sondern auch die noch auf Lager befindlichen. Dadurch erweist sich das Zurückhalten der Kohlen durch die Händler stets als ein lohnendes Geschäft. Betroffen von der Verteuerung werden aber dadurch besonders die Bevölkerungskreise, die nicht in der Lage sind, Kohlen auf Vorrat zu kaufen. Es muß möglich sein, bis zu einem bestimmten Abschnitt der Kohlenkarte den alten Preis festzulegen.

## Die Gültigkeit der Schulratswahlen

In einem Teil der Berliner Presse ist berichtet worden, daß der Oberpräsident die Wahl der Schulräte für die Volksschulen und die höheren Lehranstalten der Stadt Berlin, Kadow und Dr. Helmke, bestätigt habe, daß aber die Bestätigung der Studienrätin Dr. Anna Stiemens als Schulrat für die Berliner Berufsschulen noch nicht erfolgt sei. Diese Meldung beruht auf einem Irrtum. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, bedarf es für die Befestigung dieser Stellen keiner Bestätigung durch den Oberpräsidenten als staatliche Aufsichtsbehörde.

## Eine Millionenanleihe Berlins

Der Berliner Magistrat teilt mit: Die Stadtgemeinde Berlin beabsichtigt, die Genehmigung einer neuen Anleihe in Höhe von 500 Millionen Mark nachzusuchen, die, abgesehen von 30 Millionen Mark, für das alte Berlin den in den früheren Perioden während der Kriegsjahre und in der Nachkriegszeit entstandenen Anleihebedarf zusammenfaßt. Der Anleihebedarf verteilt sich auf die großen Werke (Gas, Wasser, Elektrizität, Kanalisation, Güter) mit 73 Millionen, die Nord-Südbahn (Neuföllner Strecke) 60 Millionen, Wohnungs- und

Siedlungswesen 105 Millionen, Straßen- und Brückenbau 59 Millionen, Gesundheitswesen 17,3 Millionen, Schulwesen 32 Millionen, Park- und Friedhofsanlagen 30 Millionen, Kriegsausgaben 81 Millionen Mark. Der Rest verteilt sich auf die verschiedensten Zweige. Aus der Kreditsanleihe vom Herbst 1920 sind in der Anleihe 73 Millionen Mark enthalten. Die Begebung soll sowohl durch Ausgabe von Inhaberpapieren als auch durch Aufnahme von festen Darlehen erfolgen. Der Zinssatz soll noch nicht festgelegt werden; soweit feste Darlehen in Betracht kommen, soll bis zu fünf Prozent gegangen werden. Die Anleiheaufwendungen sind fast reiflos bereits durch schwebende Schulden gedeckt. Die neue Anleihe vermehrt daher den Schuldenstand nicht; sie bedeutet einen Schritt zur Umwandlung der schwebenden Schulden in feste Schulden.

## Arbeiter-Bildungsschule U. S. P.

Montag abend finden in der Breite Straße folgende Kurse statt: Das Schulprogramm der U. S. P.: 1. Die Bedeutung der Schule einst und jetzt, ihr geschichtliches Werden und die verschiedenen Formen. — 2. Die Stellung der verschiedenen Klassen zur Schule. — 3. Das Bildungs- und Erziehungsproblem vom Standpunkte des Sozialismus. — 4. Schulkämpfe der Gegenwart und ihre Ziele: a) Befähigungs- und weltliche Schule; b) Klassen- und Gemeinschaftsschule; c) Erziehung in Schule und Haus; d) Lern- und Arbeitsschule. — Zum Belust dieses Kurzes fordern wir sämtliche Genossen und Genossinnen auf. Vortragender: Dr. Kurt Löwenstein. Beginn: abends 7 Uhr.

Schulfragen der Gegenwart: 1. Die Grundschule und ihre Möglichkeiten zur Entwicklung der Einheitschule. — 2. Der Reichsschulgesetzentwurf. (Zu Art. 146a.) — 3. Die Hamburger Gemeinschaftsschulen, Bauplan Schulprogramm und der Schulkampf in Berlin. — 4. Die Lernmittel- und die Schulgelddrage. — 5. Die Elternbeiträge, ihre gesetzlichen Grundlagen und ihre Bedeutung. — 6. Schulreformerische Möglichkeiten. — Der Kursus ist vor allem bestimmt für die Genossen und Genossinnen, die in der städtischen Verwaltung als Stadtverordnete, Stadträte, Bürgerdeputierte usw., sowie als Elternbeiträge durch das Vertrauen der Elternschaft berufen sind, in den Schulgemeinden praktisch tätig zu sein. Vortragender: Dr. Kurt Löwenstein. Beginn: abends 7 1/2 Uhr.

Beide Kurse finden in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8-9 (nicht in der Steinstraße) statt. Dritter Vortragsabend über „Das Wesen der Volkswirtschaft“. Vortragender: Rudolf Schwarzopf.

## Traurige Folge eines Fehltritts

Vor dem Landgericht II stand vor einiger Zeit die Hausdame Anna M. unter der Anklage des schweren Diebstahls. Sie hatte mehrere Monate hindurch bei einem unverheirateten Manne, der von einer Frau eine aus sechs Zimmern bestehende möblierte Wohnung gemietet hatte, die Wirtschaft geführt, diese Stellung aber aufgegeben, als der Herr in misliche finanzielle Verhältnisse geriet. Die Wirtschaft führten dann eine andere Wirtschaftlerin und schließlich zwei Schwestern des Mieters. Als dieser die Wohnung ausgab und die Vermieterin diese abnahm, stellte sie fest, daß das verschlossene Büffet durch einen falschen Schlüssel vorübergehend geöffnet sein mußte, und daß von dem dort aufbewahrten Silbergeschirre verschiedene Stücke im Werte von 30 000 bis 40 000 Mark fehlten. Der Verdacht der Täterschaft wurde auf die M. gelenkt und durch mehrere Zeugenaussagen verstärkt, doch handelte es sich in der Hauptsache um Indizien. Die Angeklagte bestritt jede Schuld und verwies auf die verschiedensten Möglichkeiten der Täterschaft, sei es der späteren Wirtschaftlerin, sei es der Herren, die der Jungfrau öfter zum Besuch empfing. Rechtsanwalt Dr. S. Eisenstadt hatte zur Entlastung der Indizien mehrere Beweisanträge gestellt und das Gericht dringend gebeten, insbesondere zwei von ihm benannte Zeuginnen zu vernehmen, die die Unschuld der Angeklagten würden beweisen können. Der Verteidiger betonte, daß es doch bei einem Indizienbeweise unmöglich darauf ankommen könnte, wenn eine Urteilsfällung auf kurze Zeit, bis nach Erschöpfung aller angebotenen Beweismaterialien, sich verzögere. Das Gericht lehnte jedoch die Beweisanträge ab, da es aus den Aussagen der vernommenen Zeugen die volle Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagten gewann. Diese wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Das vom Verteidiger angerufene Reichsgericht hat die Ablehnung zweier weiterer Zeugen für ungeschiehlich erklärt, das Urteil nebst den ihm zugrunde liegenden Feststellungen aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen. Nun stand die abermalige Verhandlung vor der Strafkammer bevor — sie ist aber dadurch hinfällig geworden, daß sich die Angeklagte aus Verzweiflung über ihr Schicksal in den Fluten des Wannsees ertränkte.

## Ein mildes Urteil

Durch das unglaublich leichsinnige Umgehen mit seinem Dienstgewehr ist der Unterfeldwebel der Reichswehr Schneider zum Urheber eines Unglücksfalles geworden, durch welchen ein blühendes Menschenleben vernichtet wurde. Der tiefbedauerliche Vorfall hatte gestern ein Nachspiel vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III. Wegen fahrlässiger Tötung war der 16jährige Schmiedelehrling Daste angeklagt. — Der jugendliche Angeklagte hatte am 18. Mai d. J. auf der Chaussee in der Nähe von Dallgow den Unterfeldwebel Schneider getroffen, der sich auf einem Dienstwege befand und keinen Karabiner bei sich führte. Als er etwas mit seinem Krimtender beobachtet wollte, legte er die Waffe neben sich in den Chausseegraben, duldete es aber, daß der Angeklagte den Karabiner aufnahm und damit herumhandelte. Er schritt auch nicht ein, als der junge Burke die Waffe auf seinen Lehrscollegen Wilhelm Biehl anlegte. Im nächsten Moment trachte ein Schuß und Biehl sank zu Tode getroffen zu Boden. — Das Schöffengericht hatte lediglich eine Fahrlässigkeit auf Seiten des Zeugen Schneider

als vorliegend angenommen und den Angeklagten Daste freigesprochen. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein mit der Begründung, daß das Verschulden des Angeklagten darin liege, daß er überhaupt die Waffe in die Hand genommen und auf einen Menschen angelegt hatte. Die Strafkammer folgte dieser Ansicht und verurteilte D. zu zwei Monaten Gefängnis, bewilligte ihm aber eine Bewährungsfrist von drei Jahren.

Ein großer Taschendiebstahl an einer Sängerin beschäftigt die Kriminalpolizei. Am vergangenen Sonnabend, den 22. d. M., belagerte die Sängerin Charlotte Wanda die Staatsoper. Am Schalter der Staatsoper entdeckte sie, daß ihr die Handtasche geöffnet und daraus ein kleines braunes Lederetui mit Halskette im Werte von 600 000 Mark gestohlen war. Die Bestohlene erließ ein Zeitungsinserat, in dem sie für die Wiederbeschaffung des Schmuckes eine Belohnung von 10 000 Mark ausbot. Am vergangenen Mittwoch erschien nun in ihrer Abwesenheit ein Mann in der Uniform eines Wachtmeisters der Schutzpolizei, der sich ihrer Gesellschafterin gegenüber Oberwachtmeister Meinide nannte. Er berichtete, daß ein englischer Offizier den Schmuck auf dem Wittenbergplatz gefunden und an ihn abgegeben habe. Er habe den Fund seiner vorgelegten Dienstkarte abgeliefert, und dort könne ihn die Bestohlene in Empfang nehmen. Als Ausweis überreichte er ein Papier, auf dem Oberwachtmeister Krause als Vorsteher dem Oberwachtmeister Meinide beschrieb, daß er das Etui mit Inhalt abgeliefert habe. Auf diesen Schein, der auch gestempelt war, schrieb nun Meinide, daß keine Vorzeigerin berechtigt sei, den Fund abzuholen. Als das geschehen sollte, ergab sich, daß alles Schwindel war. Bei der Dienststelle gibt es weder einen Oberwachtmeister Meinide noch Krause. Der Schmuck war nicht vorhanden, die Unterschrift und der Stempel auf dem Schein gefälscht. Der Stempel, wie der Schein ihn trug, ist veraltet und nicht mehr im Gebrauch. Der Schwindler hat ohne Zweifel damit gerechnet, daß er die Bestohlene selbst zu Hause treffen und von ihr sofort eine Belohnung erhalten werde.

Beide Beine abgefahren. Als gestern abend gegen 8 1/2 Uhr der Köhler D. Zug Nr. 7 den Bahnhof Friedrichstraße in der Richtung Alexanderplatz verlassen hatte, fand man auf den Schienen eine Frau auf, der beide Beine abgefahren waren. Man schaffte sie nach der Klinik in der Fiegelstraße, wo aber bald nach der Aufnahme der Tod infolge von Verblutung eintrat. Nach vorgefundenen Papieren scheint die Tote identisch zu sein mit einer Frau Martha Cirocki aus Klein-Bolschopol bei Neuenburg in Pommern. Ob sie aus dem Zuge gestürzt und einem Ueberfall zum Opfer gefallen ist oder Selbstmord begangen hat, bedarf noch der Aufklärung.

Eine nachträgliche Verbesserung erfährt noch der Winterfahrplan der Vorortstrecke Görliker Bahnhof—Königswusterhausen, die bereits von morgen (Montag) im Wertagsfahrplan zur Durchführung kommen soll. Vom Montag, den 31. d. M., ab wird zur besseren Bedienung des Arbeiter- und Berufsverkehrs zwischen Königswusterhausen und Berlin ein neues Zugpaar in den frühen Morgenstunden eingelegt. Der eine der beiden neuen Züge wird vom Görliker Bahnhof um 5 Uhr 10 Min. früh abfahren und trifft in Königswusterhausen um 6 Uhr morgens ein, während der Gegenzug von Königswusterhausen um 6 Uhr 20 Min. morgens abfährt und um 7 Uhr 20 Min. in Berlin, Görliker Bahnhof, eintrifft. — Da die Notwendigkeit für diese Züge sich für jeden unbefangenen Beobachter des Verkehrs von selbst ergibt, ist es unbegreiflich, daß man diese erst ausfallen ließ. Bei den leitenden Beamten des Görliker Bahnhofs scheint allerdings für den Berufsverkehr keinerlei Verständnis zu bestehen. Denn über keine Strecke werden soviel Klagen geführt wie über die Görliker.

Scottarten. In der Woche vom 31. Oktober bis 6. November 1921 darf Brot und Mehl nur auf die Weißbrot abgegeben und entnommen werden, deren Abkürzung das Stichwort „Hermann Tieck, Wohlfeile Woche“ tragen.

Der Volks-Feuerbestattungsverein Groß-Berlin (Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit) hat in dem letzten Jahr einen gewaltigen Zustrom an neuen Mitgliedern zu verzeichnen. Neben der Propagierung der Feuerbestattung liegt sein Hauptzweck darin, seinen verstorbenen Mitgliedern eine nach jeder Richtung hin pietätvolle kostenfreie Bestattung zu gewähren. Die Monatsbeiträge bewegen sich in mäßigen Grenzen. Es kann daher nur jedem Anhänger der Feuerbestattung empfohlen werden, diesem Verein beizutreten, wodurch auch das Privatbestattungswesen immer mehr ausgeschaltet und einer Gemeinnützigkeit auf diesem Gebiet planmäßig zugestrebte wird.

Kurse für Stotterer. Der Verein für Sprachpflege Demosthenes veranstaltet ab 1. November unentgeltliche Unterrichtsabende für Stotternde. Die Abende finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 Uhr in der Friedrich-Werderschen Oberrealschule, Niederwallstraße 12, statt.

Im dem Verhaeren-Abend der Volkshöhle C. B. am Montag im Rathausaal, wird anstelle der erkrankten Frau Lichtenstein, Gerhard Friede vom Schloß-Theater, Verhaerenische Gedichte sprechen.

Kinderkutschkommission Groß-Berlin. Alle neugewählten Bezirksobmännern der 20 Verwaltungsbezirke und die Stellvertreterinnen wollen, sofern es noch nicht geschehen ist, zwecks wichtiger Mitteilungen ihre Adresse schnellstens der Zentralstelle, Breite Str. 8-9, einsenden.

## Gardinen-Aussteuer-Woche

am Bahnhof am Bahnhof  
Jannowitzbr. Schönehauser  
Untergrund. Allee Hochb.  
Friedrichs. Köpenicker Str. 102 und Wichertstr. 6 Nordring  
Es gelangen zum Verkauf: Kunstgardinen von 98.— an, Stores von 55.— an, Rüsengardinen von 67.50 an, Vertikal-Zweibettig von 125.— an, Teppiche, Diwandecken etc. sehr preiswert.

# Riesige Vorräte alte Abschlüsse

## Das Geheimnis unserer Billigkeit!

<b>Damen-Halbschuhe</b> braun und schwarz, zum Schnüren oder mit Spange, zum Teil echt Chevreau, Aussergewöhnlich billig	128 50
<b>Damen-Schnürstiefel</b> echt Boxkalf und Bindbox, mit und ohne Lackkappe, Ausserst preiswert	135 00
<b>Damen-Schnürstiefel</b> prima Bindbox, Derbyschnitt, halbhohes Absatz, gute Verarbeitung	148 50
<b>Damen-Schnürstiefel</b> prima Boxkalf, kurze moderne Form, mit amerikanischem Absatz, Derbyschnitt	175 00
<b>Damen-Schnürstiefel</b> prima Boxkalf, kurze, sehr moderne Form, Derbyschnitt, Original-Goodyear-Welt-Ausführung, Aussergewöhnlich billig	195 00
<b>Damen-Halbschuhe</b> prima echt Chevreau, sehr moderne Spitze und halbrunde Form, eleganter Absatz. Sehr billig	195 00

<b>Damen-Schnürstiefel</b> echt Chevreau, mit und ohne Lackkappe, allerneueste Form mit hohem Schaft, gute Qualität, Aussergewöhnlich billig	225 00
<b>Damen-Lackschuhe</b> zum Schnüren oder mit Spange, moderne kurze Formen, mit elegantem Absatz. Sehr preiswert	235 00
<b>Knaben-Schnürstiefel</b> Bindbox und R-Chevreau, breite Form, danner Kafter Strassentiefel, Aussergewöhnlich billig	148 00

<b>Herren-Schnürstiefel</b> prima R-Chevreau, mit Lackkappe, Besatz und Derbyschnitt, gute Qualität, Aussergewöhnlich billig	175 00
<b>Herren-Schnürstiefel</b> prima Bindbox, Derby- und Besatzschnitt, elegante moderne Formen, Ausserst preiswert	195 00
<b>Herren-Schnürstiefel</b> prima Bindbox, mit Doppelschleife, moderne Form, kräftiger Strassentiefel, Sehr preiswert	225 00

# Stiller

Gewerkschaftliches

Der Kampf im Gastwirtsgewerbe

In elf überfüllten Versammlungen nahmen am Sonnabend die streikenden und ausgesperrten Gastwirtsangestellten den Bericht über die Verhandlungen und die Lage entgegen. Es konnte festgestellt werden, daß die Versammlungsteilnehmer keineswegs durch die lange Streikdauer entmutigt sind. Im Gegenteil! Ob Mann oder Frau oder Jugendlicher, alle wissen, um was es bei diesem zähen Kampfe geht.

In den gestrigen Versammlungen sprachen unter anderem auch die Genossen Hiska und Kittler von den Metallarbeitern, Ortman von den Transportarbeitern und Genosse Bollmerhaus vom Ausschuß der Gewerkschaftskommission. Diese Redner stellten den kämpfenden Gastwirtsangestellten nahe und verstärkte Unterstützung der gesamten Berliner Arbeiterkraft in Aussicht.

Sämtliche Versammlungen beschloßen einstimmig folgende Entschliehung:

„Die Versammelten geloben, nach Kenntnisnahme der Sachlage, unerschütterlich im Kampfe auszuharren und diesen so lange durchzuführen, bis das brutale Unternehmertum gezwungen ist, dem Willen der Aussperrten und Streikenden Rechnung zu tragen.“

Daß diese Entschliehung kein leeres Lippenbekenntnis werden wird, das haben die Gastwirtsangestellten in ihrem jetzigen Kampfe schon bewiesen. Je härtnädiger und brutaler die Unternehmer handeln, um so mehr wird sich der Widerstand und die Zähigkeit der Arbeitnehmer verstärken. Trotz gelben Streikbrechergehirns und dessen grünen Ehrenkompagnien, genannt Schutzpolizei. Trotz alledem!

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, finden heute nachmittags um 3 Uhr im Oberverwaltungsamt in Charlottenburg Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien statt. Vormittags um 11 Uhr tagen im Zoo die Unternehmer, um über ihre Stellungnahme zum erweiterten Vorschlag des Assessors Körner zu beraten. Montag werden wir über das Ergebnis der heutigen Verhandlungen berichten können.

Erneute Streikgefahr in der Berliner Holzindustrie

Der IFA-Bund teilt mit: Seit fast einem Jahre besteht für die in der Holzindustrie tätigen kaufmännischen und technischen Angestellten und Werkmeister keinerlei tarifliche Regelung. Nachdem nun der Kampf der Arbeiterschaft innerhalb der Berliner Holzindustrie bezüglich ihrer Entlohnung beendet worden ist, hielt es auch die Angestelltenchaft in dieser Industrie für angebracht, nun endlich wieder den Versuch zu unternehmen, zu einer generellen Tarifregelung zu kommen. Wir wandten uns diesbezüglich mit einem Schreiben vom 19. d. M. an sämtliche zuständigen Arbeitgeberverbände der verarbeitenden Holzindustrie, insbesondere aber an die „Vereinigten Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie“, und ersuchten, uns umgehend einen Termin anzugeben, an dem über den Abschluß eines Tarifvertrages verhandelt werden könne.

Bis heute (29. Oktober 1921) hat sich aber die zuständige Organisation in Stillschweigen gehüllt.

Da sich bereits eine große Unruhe unter der Angestelltenchaft bemerkbar gemacht hat, haben wir heute nochmals Veranlassung genommen, die „Vereinigten Arbeitgeberverbände für die Berliner Holzindustrie“ auf den Ernst der Situation hinzuweisen und nochmals um umgehende Bekannntgabe eines Verhandlungstermins ersucht. Wir haben gleichzeitig darauf hingewiesen, daß, wenn abermals von der zuständigen Arbeitgeberorganisation Stillschweigen die Antwort sein sollte, die Angestelltenchaft dann den Arbeitgebern die entsprechende Antwort erteilen würde.

Die Verantwortung für alle entstehenden Konsequenzen hat das Arbeitgeberertum selbst zu tragen.

Lohnbewegung in den Köpenicker Dampfwäschereien

In einer gut besuchten Versammlung nahmen die in den Köpenicker Wäschereien beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter Stellung zu dem neuen Berliner Lohnsatz. Kollege Glaz teilte mit, daß der Spruch des Schlichtungsausschusses, welcher die Wäschereien Köpenicks verpflichtet, die für Berlin in Frage kommenden Lohnsätze minus 8 Prozent zu zahlen, nur von drei Firmen anerkannt wurde. Alle anderen hätten den Spruch abgelehnt. Kessler vom Transportarbeiter-Verband erstattete dann eingehend Bericht über die mit dem Wäschereiverband geführten Verhandlungen und über das Resultat der Bewegung. In der sich anschließenden, lebhaften Diskussion lehnten es sämtliche Redner ab, unter den Berliner Lohnsätzen zu arbeiten. Nachdem Müller als Vertreter des Heizer- und Maschinisten-Verbandes noch auf die teuren Lebensverhältnisse in Köpenick hingewiesen hatte, gelangte eine Resolution zur Annahme, welche die beteiligten Organisationen beauftragte, mit den Arbeitgebern in Verbindung zu treten und die Anerkennung der Berliner Lohnsätze zu fordern. Die Antwort müsse bis spätestens 1. November 1921 im Besitze der Organisationen sein. Die Arbeitnehmer verpflichten sich, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für ihre Forderung einzutreten.

Zu Punkt Branchenangelegenheiten schilderte Kessler, oft unterbrochen durch die Entrüstungsrufe der Kollegen, das Verhalten der Lokalbesitzer und der Polizei im Lohnkampf der Gastwirtsangestellten. Die Hotelbesitzer, welche zum Teil eigene Wäschereien besitzen, versuchten die Berliner Dampfwäschereien zur Anfertigung von Streikarbeit zu gewinnen. Nachdem dies an der Wachsamkeit und dem Solidaritätsgefühl der Kollegen gescheitert sei, versucht man es in Köpenick. In den folgenden Debatten erklärten die in Frage kommenden Kollegen unter keinen Umständen Streikarbeit zu verrichten. Einen gleichen Entschluß faßten die anwesenden Kollegen sämtlicher Betriebe.

Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie

Die mit dem Verband Berliner Metallindustrieller einerseits und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband resp. Metallarteil andererseits auf Grund des Tarifvertrages für die Berliner Metallindustrie geführten Verhandlungen vom 5. Mai 1921 sind am Sonnabend, den 29. Oktober, zum Abschluß gelangt.

Das Metallarteil hat seine Zustimmung zu den vereinbarten Sätzen gegeben. Die Veröffentlichung des Abkommens erfolgt, sobald die beiderseitigen Verhandlungskommissionen redaktionell alles geregelt haben.

Der Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen wird in den am Mittwoch, den 2. November, stattfindenden Vertrauensmänner-Konferenzen gegeben. Zu diesen Vertrauensmänner-Konferenzen haben die Betriebsräte und die Delegierten der Generalversammlung dieses Mal Zutritt.

Generalversammlung der Buchbinder. In der am Donnerstag stattgefundenen Generalversammlung der Berliner Buchbinder erstattete Kaspar einen kurzen Geschäftsbericht und der Kassierer den Kassenbericht. Dem Vorstande wurde Entlastung erteilt. Im Interesse kommender Kämpfe ist es unbedingt erforderlich, daß die Lokalbeiträge erhöht werden. Den Kassierer beauftragte die Generalversammlung eine entsprechende Vorlage mit den dazu notwendigen Unterlagen auszuarbeiten. Eine kombinierte Vertrauensleute-Versammlung am 8. November soll sich mit dieser Vorlage befassen. Endgültiger Beschluß über die Beitragserhöhung soll durch Urabstimmung am 26. November gefaßt werden.

Der Beschluß einer früheren Generalversammlung, wonach 50 Prozent des Ueberstundenverdienstes abzuführen sind, wurde aufgehoben, dagegen jedoch beschlossen, daß alle Ueberstunden der Zustimmung der Ortsverwaltung bedürfen. Einer Anzahl kleiner Anträge der Ortsverwaltung erteilte die Versammlung ihre Zustimmung.

Generalversammlung der Heizer und Maschinisten. Die Generalversammlung der Berliner Heizer und Maschinisten beschäftigte sich einleitend mit der Mitteilung Reinefelds, daß zwei Mitglieder der engeren Ortsverwaltung wegen Krankheit bzw. auswärtiger Tätigkeit ihre Kämter niedergelegt hätten. Einem Antrage, daß die Neuzuwählenden fünf Jahre gewerkschaftlich und drei Jahre politisch organisiert sein müssen, wurde zugestimmt. Gewählt wurden Siering und Fleischmann.

Durch Beschluß werden aus Mitteln der Ortsverwaltung an die hodenständige Heizer- und Maschinistenschule 3000 M. überwiesen; an die Opfer Opas und die Hungerenden in Rußland werden je 1000 M. abgeführt.

Eine lange Aussprache zeitigte ein Antrag, der von Verbandsangestellten, die ehrenamtlich in Kommune, Staat oder Reich tätig sind, die Abführung der Diäten usw. an den Verband fordert. Der Antrag wurde abgelehnt.

Genosse Siegle referierte über die Zentralisation der Gewerkschaftsbibliotheken. Nach eingehender Schilderung des Planes dieses großzügigen Kulturwerkes forderte er im Interesse der Schulung und Weiterbildung der organisierten Arbeiterschaft die umgehende Durchführung dieser Bibliothekszusammenlegung.

Mit einer Sympathieerklärung an die kämpfenden Gastwirtsangestellten und der Forderung, daß jeder Heizer und Maschinist bei eventl. Maßnahmen gegen die hartköpfigen Unternehmer seinen Mann zu stellen habe, schloß Reinefeld die Versammlung.

Graphisches Gewerbe. Die Kollegen der Buchdrucker- und Reparatürkassen sind am 28. d. M. in Streik getreten. Wir eruchen die Betriebsräte und Funktionäre der Buchdruckerien darauf zu achten, daß alle Monteure (auch auswärtige, sowie alle Hilfräfte, falls sie irgendwelche Reparaturen oder Neu-Montagen ausführen), mit einer von der Streikleitung ausgestellten Ausweiskarte versehen sein müssen.

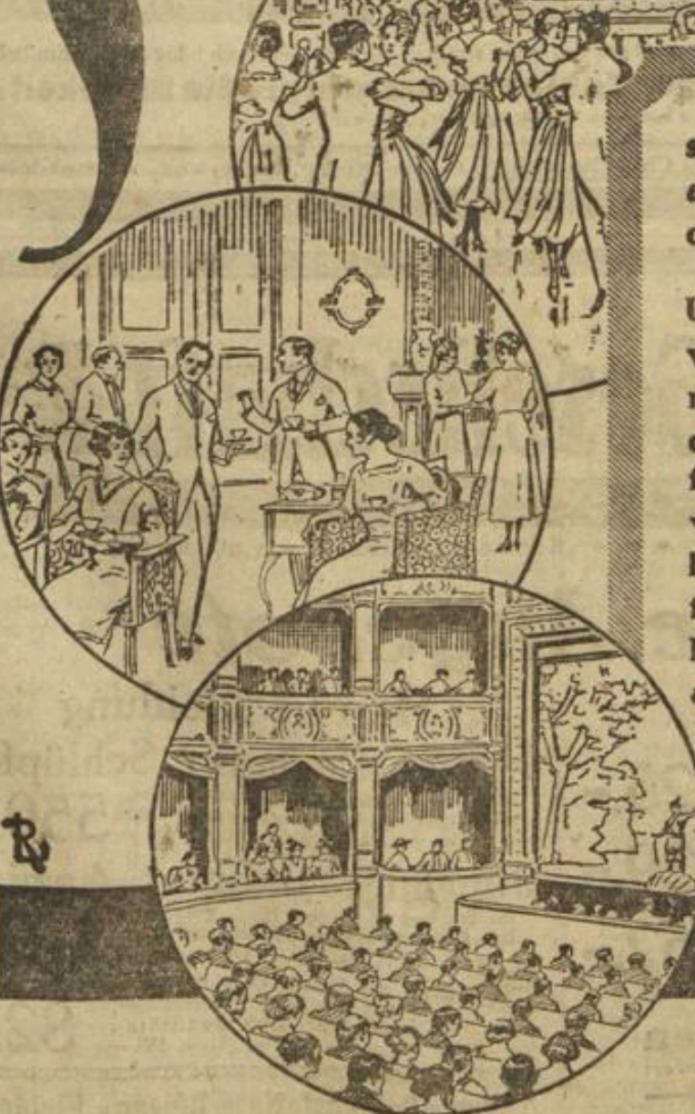
Die Streikleitung befindet sich Dresdener Gesellschaftshaus, Dresdener Str. 116.

Graphische Hilfsarbeiter Groß-Berlins! Sitzung des Aktions-Ausschusses und sämtlicher Funktionäre der Richtung Amsterdam am Dienstag, den 1. November, nachmittags 6 Uhr, in Lokal Kannenbergl u. Wegner, Alte Jakobstr. 64. Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben.

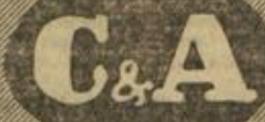
Pflicht aller Funktionäre ist es zu erscheinen, da wichtige Angelegenheiten besprochen werden. Parteibuch und Funktionsausweis legitimiert.

Buchbinder. Industriebranche. Montag, am 10. Uhr vormittags, Versammlung im Gewerkschaftshaus im großen Saal.

# Für Tanz, Tee, Theater



sind Kleider, wie die hier abgebildeten, außerordentlich passend. Und die gewaltige Auswahl, die Sie an modernen, entzückenden Kleidern aller Art bei uns finden, bietet Ihnen Gewähr dafür, daß Sie hier genau das Kleid finden, das sich Ihrer Individualität am besten anschmiegt.



Königstraße 33  
Am Bahnhof Alexandersplatz  
Chausseest. 113  
Hohm Stockhauser Bahnhof

Duftiges Taffekleid mit entzückender Bogenumrandung an Ärmel und Saum. Sehr flotten und breiten Schärpengürtel mit modern. Fransverzierung  
kostet 575.-

Elegantes Samtkleid mit modern verlängerter Taille und am Hals und Ärmel durch farbige Stickerel anmutig verziert  
kostet 450.-

# Nochmals: Hyänen der Wohltätigkeit oder Hinter den Kulissen des Invalidendanks

## Die Hyänen berichtigen.

Vor einiger Zeit — vergleiche Nr. 491 der „Freiheit“ vom 20. Oktober — unterbreiteten wir der Öffentlichkeit die wichtigsten Stellen eines Artikels, den der „Reichsbund“, das Organ der Kriegsbeschädigten und Invaliden, gewissen Vorgängen hinter den Kulissen des Invalidendanks gewidmet hatte. Der „Reichsbund“ hatte den betreffenden Artikel in seiner Ausgabe vom 1. Oktober 1921 veröffentlicht. Er enthielt die denkbar schmerzlichen Anschuldingen gegen eine ganze Reihe von Stellen und Persönlichkeiten, von denen keine einzige auch nur den leisesten Versuch machte, sie zu widerlegen oder auch bloß abzuschwächen. Im Augenblick, da wir uns entschlossen, der Angelegenheit im Interesse der unglücklichen Opfer des Krieges, die die Angaben des „Reichsbundes“ als wahr unterstellt — in unverantwortlicher Weise in ihren Rechten geschmälert worden waren, und dies noch dazu von einer Stelle wie dem Invalidendank, der sich immer als Stab und Hort der Invaliden aufzuspielen wußte — im Augenblick, da wir dieser Angelegenheit die stärkere Resonanz der „Freiheit“ versicherten, ohne uns im übrigen mit der Darstellung des „Reichsbundes“ zu identifizieren, war jedenfalls von keinem der Beteiligten eine Berichtigung oder sonst etwas dergleichen beim „Reichsbund“ eingelaufen. Nach den Gebräuchen des öffentlichen Lebens gelten Anschuldigungen des Kalibers, um das es sich hier handelt, als wahr, wenn sie nicht umgehend berichtigt werden. Wir stellen hiermit fest, daß dies nicht geschehen ist, und daß wir daher vollauf berechtigigt waren, diesen Anschuldigungen Glauben zu schenken.

Es ist selbstverständlich nicht unsere Pflicht, Berichtigungen aufzunehmen, die den Anforderungen des Dreigesetzes nicht entsprechen. Es ist ebensowenig unsere Pflicht, Berichtigungen aufzunehmen, die uns nichts angehen, sondern allenfalls die Quelle, aus der wir geschöpft haben. Und es ist noch viel weniger unsere Pflicht, Berichtigungen aufzunehmen, die in fast allen Punkten und ausnahmslos in allen wichtigen Punkten auf eine glatte Bestätigung des zu berichtigenden Tatbestandes hinauslaufen.

Um zu zeigen, in welchem unglaublichen Umfang das Letztere auf die uns zugegangene Literatur zutrifft, wiederholen wir zunächst kurz, was der „Reichsbund“ behauptet hat, soweit wir davon Gebrauch gemacht haben:

1. Im Jahre 1911 (verleichtlich ist 1907 gedruckt worden) hat die Aktiengesellschaft Haasenhein u. Vogler sich mit 520 000 M. am Annoncen-Gesellschaft der Invalidendank G. m. b. H. beteiligt, so zwar, daß Haasenhein u. Vogler 70 Prozent, der Invalidendank aber nur 30 Prozent des Reingewinns erhalten sollte.

2. In den ersten Vertragsjahren wurde mit Unterbilanz gearbeitet. Zu Kriegsbeginn mußte daher das Kapital von Haasenhein u. Vogler als verloren gelten.

3. Dank dem Umstand, daß die Reichsbank der Invalidendank-Gesellschaft den Löwenanteil der Kriegsanleihe-Anzerate überwiegt, besserte sich die Situation. So wurde 1916/17 ein Gewinn von 543 166 M. erzielt. Von den Generalen Rede und Behn, die jährlich 4000 M. als Gehälter bezogen, erhielt Rede eine Provision von 81 150 M.; Haasenhein u. Vogler liquidierten 25 576 M. als „Regiespielen“. Von dem verbleibenden Reingewinn erhielt die Firma 286 441 M., der Invalidendank dagegen nur 122 760 M.

4. Einige Tausendmarkscheine wurden Herren von der Reichsbank und vom Generalkommando des 3. Armee-Korps überwiesen.

5. 1917/18 liegt der Reingewinn auf 1 054 166 M. Nach Abzug Haasenhein u. Voglerscher „Regiespielen“, die einmal im Betrage von 54 166 M. wurden an die Firma 632 500 M. als Reingewinn ausgeschüttet. Der Invalidendank erhielt demgegenüber bloß 292 500 M. An das Personal wurden 25 000 M. verteilt. Die Generale erhielten Lantienmen von 25 000 M. Der General Behn bezog diesen Betrag neben seinen Bezügen als reaktivierter Offizier.

Und nun vergleiche man hiermit, was die Firma Haasenhein u. Vogler und der Invalidendank als Berichtigung auszugeben wagen:

1. Es hätte überhaupt kein Abkommen mit der Invalidendank-G. m. b. H. bestanden, sondern nur mit dem Invalidendank. Gemeint war in der Darstellung des Reichsbundes selbstverständlich das Richtige, denn die Invalidendank-G. m. b. H. ist erst nach der Revolution gegründet worden. Daß es nicht auf den — zugegebenerweise — ungenauen Wortlaut, sondern auf die Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Sinnes ankommt, scheinen die Herrschaften nicht zu wissen. Deshalb bestreiten sie auch mit Nachdruck, daß es sich nicht um eine Beteiligung, sondern — man höre und laune — um eine Interessengemeinschaft gehandelt habe. Diese Interessengemeinschaft bestand aber in der Uebernahme der gesamten Ankosten, ging also noch viel weiter als eine limitierte Beteiligung! Den Verteilungsschlüssel 70:30 durch philologische Mühen zu verunsichern, ging offenbar selbst der Kraft dieser Meisterberichter. Er wird glatt zugegeben.

2. Bis 1914 — sagt H. u. V. — haben wir rund 600 000 Mark zugelegt. Bis 1914 — sagt der Invalidendank — hat H. u. V. 500 000 Mark zugelegt. Die Wahrheit liegt also offenbar in der Gegend der Summe von 520 000 Mark, die der „Reichsbund“ als Beteiligungskapital von H. u. V. bezeichnet hat. Dieses Kapital war 1914 verloren. Daran ist nicht zu tippen. Nichtsdestoweniger erklärt sich H. u. V. zu behaupten, es wäre unrichtig, daß das Kapital der Firma 1914 als verloren gelten mußte. Das Aktienkapital gewiß nicht, holder Schäfer! Aber das verbutterte Kapital! Das Beteiligungskapital! Oder — um in eurem Jargon zu reden — das „Interessengemeinschaftskapital!“

3. Die Stimme der Wahrheit singt ein schmerzliches Solo: — Herr Rede sei nie General gewesen. An Gehalt und Lantienme hätte er nur erhalten, was andere Angestellte seines Ranges zu erhalten pflegten. Also doch wohl die 4000 Mark plus dem Provisionen von 81 150 Emmchen nicht? Oder vielleicht noch mehr? Oder weniger? Kein Wort davon! Also auch dieser Punkt hat seine Richtigkeit. (Man bedenke: eine Riesenprovision auf Kosten der Invaliden, derselben Invaliden, als deren Wohltäter man auftritt!) Wir müssen gestehen, der Umstand, daß Herr Rede es auf der militärischen Bühnenleiter nicht bis zum General gebracht hat, genügt noch lange nicht, um ihn uns sympathischer zu machen.

4. Der General Behn — kein Rede, sondern jeder Zoll ein echter General — will während seines Heeresdienstes weder Gehalt noch Lantienme bezogen haben. (Erster Satz.) Nach dem Ableben des Vorstandsmittels Gabelitz hat er allerdings für die Uebernahme von dessen Tätigkeit monatlich 500 Mark erhalten. (Zweiter Satz.) Wie sagt doch der Berliner so schön: „Nachtrag, id hör dir loosen!“ 500 Mark im Monat sind unseres Wissens nicht weniger als 4000 Mark im Jahr, sondern mehr. Und soviel wir weiter wissen, war 1917 noch Krieg. Was die Lantienme von 25 000 Mark betrifft, so hat der Herr General nie, nie, nie eine solche erhalten. Nem: er hatte einen Vertrag, der ihm für seine „beachtliche Tätigkeit“ eine Provision von 5 Prozent zubilligte. Der Vertrag datierte aus dem Jahre 1911. Edelmützig, wie er 1911 nicht gewesen war, verzichtete General Behn zu einem späteren Zeitpunkt — wann, sagt er nicht — auf den weitaus größten Teil seiner vertragsmäßigen Ansprüche und begnügte sich mit einer einmaligen Summe von 25 000 Mark. Da legt dich nieder und stößt nicht mehr auf! Sind das nicht bei Heller und Weggig die 25 000 Mark Lantienme aus dem Jahre 1917/18? Beim Zeus, sie sind es! Und mühten diese 25 000 Mark die bewohnten Invaliden bezahlen oder nicht? Beim grimmen Ares, sie mühten!

5. Haasenhein u. Vogler hat nie etwas verschleiert, die Firma ist nie erloschen. Nun, das Anzeigengeschäft der Firma, um das allein es sich dem „Reichsbund“ gehandelt hat, ist erloschen, bzw. in der Na ausgegangen, und torrest geführte Bücher beweisen nicht allzu viel. Es gibt Ehrenmänner genug, mit denen kein anständiger Mensch etwas zu tun haben will, die aber samt und sonders eine peinlich torrestliche Buchführung aufzuweisen haben. Sie repräsentieren den Typus des legitimen Verbrochers, dem kein Gesetz etwas anhaben kann, weil er das jor-

male Recht stets respektiert, um dem sachlich-menschlichen desto besser sein Schnippchen schlagen zu können.

Und damit sind wir bei dem Kern der Angelegenheit.

Juristisch war vielleicht alles in Ordnung. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß unter dem Deckmantel des Invalidendanks, also unter der Maske der Wohltätigkeit die Firma Haasenhein u. Vogler private Bereicherungs-zwecke verfolgt hat; daß dies mit Wissen und Billigung der zur Leitung des Invalidendanks berufenen Persönlichkeiten erfolgt ist; daß der Gewinnanteil der genannten Firma mehr als doppelt so groß war als der dem offiziell vertretenen Wohlfahrtszweck zustehende Anteil; daß die Speien, die hierbei gemacht wurden, nicht mit der erforderlichen Sorgfalt auf das geringst mögliche Maß herabgedrückt wurden;

daß insbesondere die Zuwendungen an den General Behn für eine Tätigkeit, die, wie kaum eine zweite, die Verpflichtung zu ehrenamtlicher Wahrnehmung, namentlich für einen hohen Offizier, — in sich trug, vom Standpunkt einer höheren Moral nicht zu rechtfertigen sind.

Demgegenüber spielt es eine ganz unbedeutende Rolle, daß der Anteil des Invalidendanks später heraufgehoben wurde, als Haasenhein u. Vogler schon Hundertstausende verschuldet hatten. Auch ob Bestellungen vorgekommen sind oder nicht, tritt daneben in den Hintergrund. Im Wege von Berichtigungen läßt sich dergleichen jedenfalls nicht klären. Auch nicht damit, daß man breitpurig erklärt, es handle sich bei der ganzen Angelegenheit nur um eine Denunziation seitens eines pflichtvergessenen Beamten, den man entlassen mußte. Auch nicht damit, daß man weiter erklärt, die ausschließlichen Behörden (Neh: Reichsausschuß für Kriegsbeschädigte und Ministerium der Inneren) hätten in der Geschäftsführung des Invalidendanks nichts Inlokretes gefunden.

Wir haben kein Vertrauen zu solchen Kammerspielen unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Der „Reichsbund“ hat euch beleidigt, ihr Herren! — Warum klagt ihr nicht?

Kriegsopfer sind bestohlen worden, Staatsanwalt! — Hüß dich in deine Loga!

Wenn je ein Fall, so schreit dieser nach restloser Klärung in vollster Öffentlichkeit. Das Gericht ist der Ort, der allein hierfür in Frage kommt.

Selbstverständlich wird es nicht nur die Vergangenheit zu prüfen haben, sondern auch die Gegenwart, insbesondere das Verhältnis, das zwischen dem Invalidendank und der Invalidendank-G. m. b. H. besteht, sowie die Verhältnisse, die dort und hier im Innenbetrieb herrschen. Bis dahin, Euer Liebden!

Das Reichsbank-Direktorium, das wir im obigen Zusammenhang nicht nennen wollten, weshalb wir es an dieser Stelle nachholen, sendet uns eine Berichtigung des Inhalts, daß Beamte oder Angestellte der Reichsbank niemals Vergütungen seitens des Invalidendanks erhalten haben. Wir nehmen dies zur Kenntnis, bezweifeln aber, daß das Reichsbankdirektorium über die Mächtmittel verfügt, die notwendig sind, um Licht in solche Affären zu bringen. Außerdem besteht die Möglichkeit, daß die Vergütungen von Haasenhein u. Vogler gewährt worden sind. Auch hier hätte das Gericht zu sprechen. Der „Reichsbund“ verfügt zweifellos über Material, das zum mindesten ernsthaft Beachtung und öffentliche Nachprüfung verdient.

**Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskaufdruck**  
 5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.  
 Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.  
 10% Provisionszuschlag.  
**Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.**

**Persil** das selbsttätige Waschmittel in höchster Vollendung!  
 Es ist nicht nur das beste, sondern auch im Gebrauch billigste Waschmittel.  
**Wenig Arbeit, geringer Kohlenverbrauch, größte Billigkeit!**  
 Achten Sie auf diese Vorzüge und kaufen Sie nur Persil.  
 Preis das Paket M. 4.— Alleintige Fabrikanten: Henkel & Cie., Düsseldorf, auch der „Jienko“, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

**Volksbekleidungs BVG Gesellschaft m. b. H.**  
 BERLIN N. 24 FRIEDRICHSTRASSE NR. 110-112  
 Verkauf im 2. Stock / Fahrstuhlbenutzung \* Gegenüber der Karlstraße \* Kein Laden / Geöffnet von 8 1/2 bis 6 1/2 Uhr

## Besonders günstige Angebote

- Damen-Kleidung**
- Winter-Mäntel warme, mollige Flauchstoffe, Cheviots und Eskimos . . . . . Mk. 650.—, 350.—, 275.— **175.—**
  - Kinder- u. Backfisch-Mäntel aus weichen, wolligen Flauch- u. Phantasie-stoffen, in weiten, modernen Formen Mk. 450.—, 325.—, 210.— **155.—**
  - Kleider fesche moderne Formen, reich bestickt, in blauen und farbigen Cheviots, Gabardine und Kammgarn . . . . . Mk. 850.—, 425.—, 200.— **135.—**

- Damen-Wäsche**
- Taghemd gutes Wäschetuch, vier-eckiger Ausschnitt, vorzüg-liche Verarbeitung . . . . . Mk. **25.—**
  - Beinkleid gutes Wäschetuch, Knie-form mit breitem Stoff-volant und Langette . . . . . Mk. **29.—**
  - Nachthemd gutes Wäschetuch, mit viereckigem Aus-schnitt und Säumchen-Garnierung . . . . . Mk. **62.—**

- Herren-Kleidung**
- Herren-Raglans u. Schlüpfer aus pa. Flauch und Phantasie-stoffen, einfarbig und modern gemustert Mk. 1400.—, 1050.—, 825.— **550.—**
  - Jünglings- u. Sport-Anzüge mit Breches oder langer Hose, gute halt-bare Cheviots, in neuest. Ausmusterungen Mk. 700.—, 475.—, 395.— **275.—**
  - Hosen aus Melton, Cheviot, Kammgarn, neueste Streifenmuster, aus haltbaren erprobten Qualitäten Mk. 245.—, 187.—, 150.— **82.—**

Jeden Mittwoch billiger Resteverkauf

**Herren-Trikotagen** in großer Auswahl besonders preiswert  
**Stoffe** für Anzüge, Kostüme, Kleider und Blusen-Baumwollstoffe aller Art

Samt u. Seldenstoffe für Blusen u. Kleider